

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



- *Zu den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt – S. 2 bis S. 8*
- *Was Handfestes gegen neuen Nationalismus – S. 7*
- *Hamburg – Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar – S. 14*
- *Tarifforderungen 2016 – S. 18*
- *Mannheim: Grünzug Nordost – Demokratisches Grün – S. 20*

Mit Beilage Rundbrief Nr. 16 der ArGe Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung

Ausgabe Nr. 3 am 17. März 2016, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, Tel.: 0711-62 47 01, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Letzte Seite: Alfred Küstler, E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com.

Onlineredaktion: Jonas Bens, jonas.bens@gmx.de

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln
Abos: Alfred Küstler, Tel.: 0711-624701. Email: stuttgart@gnn-verlage.com

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 1 Ausgabe für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlnachtbericht und erste Analyse

Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs, Andreas Stahl – eine Veröffentlichung der Rosa Luxemburg Stiftung (Auszüge)

Die Landtagswahlen am 13. März 2016 waren die ersten Wahlen in Flächenländern seit der Europa-Wahl 2014 und den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen, Thüringen. Mit knapp 13 Millionen Wahlberechtigten war ein gutes Fünftel aller Wahlberechtigten Deutschlands zur Stimmabgabe aufgerufen. Die Wahlen 2014 mit ihren Erfolgen der „Alternative für Deutschland“ waren bereits von den Themen Zuwanderung und Flucht beeinflusst. Die aktuellen Wahlen standen stark unter diesem bundespolitischen Thema. Insofern waren die bundespolitischen Erwartungen an die Ergebnisse hoch. Hinweise auf Zustimmung und Ablehnung für den Kurs der Bundesregierung wurden ebenso erwartet wie auf eine Neuordnung der Parteienlandschaft. Von den Wahlen in den beiden südwestdeutschen Flächenländern wurden Hinweise auf die weiteren Erfolgsaussichten der AfD einerseits und Wahlkampfstrategien für die Bundestagswahl 2017 andererseits erwartet.

Grundsätzlich kann festgehalten werden: Die Mehrzahl der vergangenen Landtagswahlen bestätigte rot-grüne Landesregierungen. Bei diesen Landtagswahlen wurden rot-grüne Landesregierungen zweimal abgewählt, indem jeweils der kleinere Koalitionspartner stark verlor. Auch in Sachsen-Anhalt halbierte sich das Ergebnis für die SPD und sanken die Grünen ab. Für Arithmetiker von Mitte-Links- oder Mitte-Rechts-Konstellationen ist bei diesen Landtagswahlen kein Honig zu saugen.

Die **Wahlbeteiligung** ist nicht zuletzt dank der Dominanz der bundespolitischen Auseinandersetzungen um Zuwanderungs- und Flüchtlingspolitik und der damit verbundenen Polarisierung in der Gesellschaft gestiegen, was bei rein landespolitisch geprägten Wahlkämpfen vermutlich nicht eingetreten wäre. Vorteile brachte die gestiegene Wahlbeteiligung für verschiedene Parteien.

Alle drei Regierungskoalitionen wurden abgewählt, wobei die Ministerpräsidentin und die Ministerpräsidenten – in unterschiedlicher Qualität – bestätigt wurden. Gewollt wird ein „kleiner“ Regierungswechsel, der aber schwer zu machen sein wird. Die Landtagswahlen haben das Parteiensystem auf Landesebene erneut verändert. Es

sind neue Viel-Parteien-Parlamente entstanden.

Unter diesen Bedingungen erfordert die Regierungsbildung bisher nicht gekannte Konstellationen, da in zwei Ländern die bisherige „Notlösung“ einer Koalition aus CDU und SPD, die „große“ Koalition, über keine Mehrheit mehr verfügen würde.

Zu beobachten ist auch eine gesteigerte Personalisierung: In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, den beiden benachbarten Ländern, ziehen der Amtsinhaber und die Amtsinhaberin ihre jeweiligen Parteien nach oben, während eben diese Parteien, SPD und Grüne, in dem jeweils anderen Land zweistellige Verluste einfahren.

Zudem legen mit Winfried Kretschmann und Malu Dreyer zwei Personen stark bzw. leicht zu, die die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin ausdrücklich unterstützten. Gleichzeitig verloren alle drei CDU-Spitzen, die sich mehr oder weniger deutlich vom Kurs der Kanzlerin abzusetzen versuchten.

Generell scheint keine der im Bundestag vertretenen Partei hinzugekommen zu haben, in denen prominente Vertreter/-innen der Partei in der Flüchtlingspolitik mehr oder weniger demonstrativ Positionen mit Ähnlichkeit zur AfD bezogen haben. Dieser Aussage wird auch durch den baden-württembergischen Lokalkonflikt um die Aussagen des Tübinger Oberbürgermeisters Boris Palmernicht widersprochen. Hier überstrahlte die Popularität des grünen Ministerpräsidenten. Signale in unterschiedliche Richtungen in einer die gesellschaftliche Stimmung stark polarisierenden Frage wurden nicht honoriert.

Die **AfD** zählt zu den großen Gewinnern des Wahlabends und ist nunmehr in der Hälfte der Landtage vertreten. Sie ist in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz nun die drittstärkste parlamentarische Kraft. In Sachsen-Anhalt stellt sie zukünftig die zweitstärkste Fraktion. Die Furcht vor der Ausbreitung des Islam und vor durch weitere Flüchtlingszuwanderung wachsende Kriminalität bilden die hauptsächlichen Unterschiede. Die AfD bezog im Wahlkampf eine von den Bundestagsparteien klar unterschiedene Position, die Alexander Gauland am Wahlabend wiederholte: „Wir wollen keine Flüchtlinge aufnehmen.“ (ARD, 13.3.2016, 18:27 h) Dieses Alleinstellungsmerkmal machte sicherlich einen Teil des Wahlerfolges aus. Ein anderer Teil erklärt sich durch ihre Attraktivität für alle Pro-

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

testwähler: Wer AfD wählte, konnte sich sicher sein, alle anderen Parteien mächtig zu ärgern und zu Reaktionen zu zwingen.

Die AfD repräsentiert eine bedeutsame gesellschaftspolitische Minderheit und wurzelt in einer traditionsorientierten, wertkonservativen Grundströmung der Gesellschaft, die politisch heimatlos geworden ist. Insofern sind mit dem Wahlabend ihre Chancen gestiegen, sich auch nach Abklingen der Protestparteifunktion im Parteiensystem als Sechs- bis Zwölf-Prozent-Partei zu behaupten. Überdurchschnittlich stark schnitt sie unter männlichen und unter 45jährigen Wählern, unter Haupt- und Realschülern, Arbeitern und Arbeitslosen ab. Hier wurde sie teilweise sogar stärkste Partei.

Die **Grünen** sind in Baden-Württemberg erstmals stärkste Kraft geworden. Sie können im Ländle rund ein Drittel der Wählenden binden. In den beiden anderen Ländern schaffen sie den Einzug in die Parlamente nur knapp.

In Rheinland-Pfalz verlieren sie als kleinerer Koalitionspartner 10,1% und werden – sofern es nicht zur Bildung einer Ampel-Koalition kommen würde, nicht mehr in der Landesregierung vertreten sein.

Obwohl die Partei in Sachsen-Anhalt rund 2% verliert und nur knapp im Landtag vertreten ist, ist der erstmalige Wiedereintritt der grünen Partei in die Landesregierung seit der rot-grünen Minderheitsregierung 1994 bis 1998 im Rahmen einer sogenannten Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen nicht unwahrscheinlich. Die grüne Spitzenkandidatin hat die Forderung nach zwei grünen Ministerien bereits am Wahlabend aufgestellt. Es ist anzunehmen, dass CDU und SPD nicht nur diesen Preis zahlen werden, um auf diesem Wege weiter regieren zu können.

Die **CDU** hat in den drei Ländern verloren. In Baden-Württemberg 12,0%, in Rheinland-Pfalz 3,4% und in Sachsen-Anhalt 2,7%. Seit der Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin in Folge der Bundestagswahl 2005 hat die CDU bei den 33 Landtagswahlen 2006 bis 2015 außerhalb von Bayern nur neunmal prozentual zugelegt (Durchschnitt +1,5%), aber 24 Mal verloren (Durchschnitt –5,3%).

Die Hoffnung, durch Wahlsiege von Julia Klöckner und Guido Wolf zusätzliche Machtpositionen erobern und so die innerparteilichen Auseinandersetzungen beruhigen zu können, hat sich nicht erfüllt. Die Kämpfe um den „richtigen“ Kurs in der Union werden im Vorfeld der Bundestagswahlen zunehmen. Die Kanzlerin wird weiterhin unter erheblichem Druck stehen.

Tabelle: Vorläufiges Ergebnis der Landtagswahlen am 13.03.2016

Baden-Württemberg								
	Wahlbeteilig.	Grüne	CDU	SPD	FDP	LINKE	AfD	Sonstige
Stimmenanteile in %								
2016	70,4	30,3	27,0	12,7	8,3	2,9	15,1	3,7
2011	66,2	24,2	39,0	23,1	5,3	2,8	-	5,6
Differenz	4,2	6,1	-12,0	-10,4	3	0,1	15,1	-1,9
Sitze								
2016	143	47	42	19	12	-	23	-
2011	138	36	60	35	7	-	-	-
Differenz	5	11	-18	-16	5	-	23	-
Rheinland-Pfalz								
	Wahlbeteilig.	SPD	CDU	Grüne	FDP	LINKE	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	70,4	36,2	31,8	5,3	6,2	2,8	12,6	5,1
2011	61,8	35,7	35,2	15,4	4,2	3,0	-	6,4
Differenz	8,6	0,5	-3,4	-10,1	2	-0,2	12,6	-1,3
Sitze								
2016	101	39	35	6	7	-	14	-
2011	101	42	41	18	-	-	-	-
Differenz	0	-3	-6	-12	7	-	14	-
Sachsen-Anhalt								
	Wahlbeteilig.	CDU	LINKE	SPD	Grüne	FDP	AfD	Andere
Zweitstimmen in %								
2016	61,1	29,8	16,3	10,6	5,2	4,9	24,2	9,0
2011	51,2	32,5	23,6	21,5	7,1	3,8	-	11,5
Differenz	9,9	-2,7	-7,3	-10,9	-1,9	1,1	24,2	-2,5
Sitze								
2016	87	30	17	11	5	-	24	-
2011	105	41	29	26	9	-	-	-
Differenz	-18	-11	-12	-15	-4	-	24	-
Quelle: Landeswahlleiter / Eigene Zusammenstellung								

Die **SPD** muss erneut historische Verluste hinnehmen. Sie fällt in Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt auf den jeweils niedrigsten Wert seit Bestehen der beiden Bundesländer. Erstmals ist die SPD in vier der 16 Bundesländer unter die 20%-Marke gefallen und erreicht dort jeweils weniger als 15% (Sachsen: 12,4%, Thüringen: 12,4%, Sachsen-Anhalt: 10,5%, Baden-Württemberg: 12,7%).

Die SPD wird sich verstärkt nicht nur der Frage gegenübersehen, wie sie aus dem vielzitierten „25%-Ghetto“ herauskommen will, sondern sich auch die Frage gefallen lassen müssen, ob sie überhaupt noch „Volkspartei“ ist. Tatsächlich hat sich die Erosion sozialdemokratischer Wählerinnen- und Wählermilieus rapide fortgesetzt. Es zeigt sich, dass die Bindung schon länger nicht mehr über Geschichte, Programmatik und daraus gespeistem Image hergestellt werden kann, sondern allenfalls über Personen.

Die **Linke** hat ihre Wahlziele nicht erreicht. Sie verfehlt in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz den Einzug in die Landtage deutlich. Allerdings gewinnt sie in einigen Städten Baden-Württembergs deutlich hinzu, z.B. in Freiburg von 4,6% auf 8,4%. Über 5% erreicht sie auch in Heidelberg, Stuttgart und Tübingen – kleine Achtungserfolge in einem Bundesland, dessen Wahlkreisfarben nun schwarz und grün mit zwei blauen AfD-Einsprengeln in Pforzheim und Mannheim sind.

Mit der Haltung für offene Grenzen für Menschen in Not und gegen Rassismus traten alle ihre Spitzenkandidatinnen und -kandidaten hervor, doch öffentlichkeitswirksam wurden aus Partei und Bundestagsfraktion auch andere Positionen vertreten. Die klassischen sozialen Themen spielten in diesem Wahlkampf nur in Gestalt von Etablierten-Vorbehalten gegenüber Fremden eine Rolle.

In Sachsen-Anhalt verliert die Linkspartei stark und fällt unter das Niveau von 1994. Sie ist damit so schwach wie seit mehr als 20 Jahren nicht mehr. Darüber hinaus verliert sie mit einem Drittel ihrer Stimmenanteile auch den Status als Oppositionsführerin an die AfD, hinter der sie mit Abstand dritstärkste Kraft wird. Die Landtagsfraktion reduziert sich um rund zehn Mandate.

Da auch SPD und Grüne Stimmenanteile verlieren, kann der angestrebte Regierungswechsel nicht erreicht werden. Rot-rote oder rot-rot-grüne Regierungsmehrheiten sind mit diesen Landtagswahlen stärker noch in die politische Ferne gerückt. Denn in allen drei Ländern haben die Parteien links von der Union verloren und ist populistische Politik, die sowohl gegen „die Eliten“ wie gegen „die Fremden“ mobilisiert, erstarkt. Das stellt die Partei vor neue strategische Aufgaben. Neben der sächsischen Linkspartei ist nun auch der Landesverband Sachsen-Anhalt der zweite ostdeutsche Lan-

Tabelle: Herkunft der AfD-Stimmen im Vergleich zur letzten Landtagswahl								
von	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere	Enthaltung	Gesamt
in BW	188.000	88.000	68.000	18.000	22.000	151.000	207.000	742.000
Verteilung	25%	12%	9%	2%	3%	20%	28%	100%
in RP	46.000	34.000	5.000	8.000	11.000	43.000	77.000	224.000
Verteilung	21%	15%	2%	4%	5%	19%	34%	100%
in ST	38.000	21.000	3.000	6.000	29.000	52.000	104.000	253.000
Verteilung	15%	8%	1%	2%	11%	21%	41%	100%
Gesamt	272.000	143.000	76.000	32.000	62.000	246.000	388.000	1.219.000
Verteilung	22%	12%	6%	3%	5%	20%	32%	100%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap.

Tabelle: Bedeutung der Verluste an andere Parteien und die AfD						
	CDU	SPD	Grüne	FDP	LINKE	Andere
BW	-402.000	-315.000	-98.000	-20.000	-28.000	-288.000
dav. AfD	-188.000	-88.000	-68.000	-18.000	-22.000	-151.000
%	47%	28%	69%	90%	79%	52%
RP	-65.000	-52.000	-152.000	-9.000	-15.000	-47.000
dav. AfD	-46.000	-34.000	-5.000	-8.000	-11.000	-43.000
%	71%	65%	3%	89%	73%	91%
ST	-52.000	-69.000	-15.000	-8.000	-49.000	-52.000
dav. AfD	-38.000	-21.000	-3.000	-6.000	-29.000	-52.000
%	73%	30%	20%	75%	59%	100%
Gesamt	-519.000	-436.000	-265.000	-37.000	-92.000	-387.000
dav. AfD	-272.000	-143.000	-76.000	-32.000	-62.000	-246.000
%	52%	33%	29%	86%	67%	64%

Quelle: tagesschau.de / Infratest.dimap; eigene Berechnungen Kahrs 2016

Welche Bedeutung haben die Stimmenverluste an die AfD für die einzelnen Parteien? Die Zusammensetzung der neuen Wählerschaft der AfD ist eine Perspektive, eine andere die Frage nach dem Anteil, den die Verluste an die AfD an allen Verlusten einer Partei an andere Parteien haben.

In Baden-Württemberg sind es FDP und Linke, die die höchsten relativen Verluste an die AfD hinnehmen müssen, und auch für die Grünen ist die AfD der größte Gegner. In Rheinland-Pfalz haben die „anderen“ Parteien die prozentual größten Verluste an die AfD, aber auch die FDP und mit Abstand Linke und CDU sowie SPD, während hier die Grünen kaum an die AfD verlieren. In Sachsen-Anhalt ergibt sich eine ähnliche Rangfolge: „Andere“, FDP, CDU, Linke. Fasst man alle Zahlen zusammen, so ist der Anteil der Verluste an die AfD für die FDP mit 86% aller Verluste an andere Parteien am größten, gefolgt von der Linken (67%) und den kleinen Parteien (64%). Bei der Union gehen noch 52% der Verluste an die AfD, bei der SPD ein Drittel und bei den Grünen unter 30%.

Offenbleiben muss hier, wann die Abwendung und die Hinwendung zur AfD erfolgte. Ein erheblicher Teil könnte bereits bei der Bundestagswahl 2013 und/oder bei der Europa-Wahl 2014 die AfD gewählt haben.

desverband der Partei ohne greifbare Regierungsoption.

Hinzu kommt als ostdeutsche Besonderheit, dass die Partei neben Sachsen nun auch in Sachsen-Anhalt deutlich unter die 20%-Marke gefallen ist. Sie kann dadurch maßgebliche Stimmungen in den ostdeutschen Flächenländern nicht mehr in gewohnter Weise abbilden und auffangen.

Verstimmung und Verbitterung gegen „die Politik“ und das Establishment treffen auch die Linke. Das Gefühl, vom gesellschaftlichen Wandel nicht profitieren zu können, vom Wohlstandszuwachs abgehängt worden zu sein und sich mit nur prekärem Wohlstand durch einen Alltag kämpfen zu müssen, der von Schrumpfungserfahrungen geprägt ist, hat die Partei nicht politisch repräsentieren können wie in

den 1990er Jahren, als die PDS eine ostdeutsche Entwertungserfahrung in „ostdeutsche Identität“ und Selbstbewusstsein transformieren konnte.

Kurzum: Die Linkspartei in Sachsen-Anhalt hatte im Wahlkampf kein Strategie- oder Persönlichkeitsproblem, sondern ist konfrontiert

- mit generell absinkender Mobilisierungsfähigkeit der Partei in Ostdeutschland,

- bundespolitischen Rahmenbedingungen, die mit dominierender CDU, ohne Wechselstimmung einerseits

- sowie konfrontiert mit einer erfolgreichen rechtspopulistischen Protestpartei, der AfD, andererseits, was ein Wachstum bei Wahlen äußerst erschwert.

Dabei darf nicht außer Acht gelassen werden, dass noch bis weit in den

Herbst des vergangenen Jahres die Option eines Regierungswechsels zu rot-rot(-grün) mit den Händen zu greifen war. Anders als in Sachsen verfügt die Partei mit Oberbürgermeister/-innen, Landrät/-innen etc. über eine Verankerung im Land, die den seit 1990 weniger betonierten politischen Verhältnissen als in Sachsen geschuldet ist. Für die Landespartei stellt sich die Frage, wer in den künftig rauen politischen Verhältnissen im Landtag, die linke, demokratische Opposition zur ersten schwarz-rot-grünen Koalition in Deutschland und in Auseinandersetzung zur rechtspopulistischen AfD wahrnehmbar repräsentieren wird. Wulf Gallert konnte nicht gewinnen. Verloren hat an diesem Wahlsonntag die gesamte Linkspartei – in allen drei Ländern.

Die **FDP** kann in allen drei Ländern im Vergleich zu 2011 zulegen. Im liberalen Stammland Baden-Württemberg erzielt sie 8,3%, in Rheinland-Pfalz 6,2%. In Sachsen-Anhalt verfehlt die Partei den Wiedereinzug in den Landtag knapp, steigert sich jedoch um 1,1% auf 4,9%. Die Liberalen haben bei den zwei Landtagswahlen des vergangenen Jahres (Hamburg +0,7%, Bremen +4,2%) und in diesen drei Landtagswahlen zugelegt. Sie sind nunmehr wieder in sechs Landtagen (BW, HB, HH, NW, RLP, SH) vertreten. Mit der FDP ist bei der nächsten Bundestagswahl wieder zu rechnen, zumal wenn sie die offenen Fragen der Koalitionsbildung in den drei Ländern für sich als „Liberalen Partei der Mitte“ zu nutzen weiß.

Autoren

Benjamin-Immanuel Hoff ist Sozialwissenschaftler und seit 2014 Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Chef der Staatskanzlei beim Freistaat Thüringen. Zuletzt erschien von ihm beim Hamburger VSA-Verlag „die linke: partei neuen typs? Milieus – strömungen – parteireform“. Kontakt: benjamin.hoff@sussex.ac.uk

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler, arbeitet zu den Themen Klassen und Sozialstruktur, Demokratie und Wahlen und ist am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Lohn und Brot. Kontakt: kahrs@rosalux.de

Andreas Stahl studiert in Trier Philosophie, Politikwissenschaften und Soziologie. Er interessiert sich innerhalb und außerhalb des Studiums für kritische, linke Gesellschaftsanalyse und betreibt mit Anderen die Website www.rosasalon.de

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 13./14. März 2016 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt vorliegenden eigenen Erkenntnissen, der öffentlich-zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten sowie einschlägigen Medien- bzw. wissenschaftlichen Publikationen. Die dort entnommenen Daten können Mängel aufweisen, die bei der Übertragung nicht als solche erkannt werden. Darüber hinaus können Datenfehler bei der Erarbeitung dieser Analyse selbst entstehen. Die Darstellung und die gezogenen Schlüsse stehen unter diesem Vorbehalt.

Parteiensysteme und Landtagswahlen im Frühjahr 2016

Dr. Harald Pätzolt, 15.3.2016

Diese kleine Notiz will auf den Zusammenhang zwischen dem Zustand der Parteiensysteme einzelner Bundesländer und den Landtagswahlen in diesen Ländern im Frühjahr aufmerksam machen. Das ist nicht gerade üblich. Gemeinhin betrachtet die Parteiensystemanalyse die Parteiensysteme und die Wahlforschung Wahlsysteme, Wahlrecht sowie das Wählerverhalten.

Ich mache eine politikwissenschaftlich überraschende Annahme: Parteiensysteme sind für mich weder die Gesamtheit der einzelnen Parteien und die Art und Weise ihrer Koexistenz oder, eine andere geläufige Definition, „die einzelnen politischen Parteien, ihre Eigenschaften und das Beziehungsgeflecht zwischen ihnen“ (wikipedia), sondern der Zusammenhang zwischen Parteien und Elektorat. Anders als der vielleicht noch am weitesten dem Entwicklungsdanken verpflichtete Parteienforscher, Herbert Kitschelt, der für seine Analysen der Entwicklung von Parteiensystemen immerhin individuelle Akteure (citizens, politicians) und kollektive Akteure (parties) voraussetzt¹, versuche ich die Evolution des Parteien-Wählerschaften-Verhältnisses zu denken. Dabei hilft die gute alte Cleavage-Theorie, heute fasst man Cleavages als konkrete Ausformungen solcher Verhältnisse, Formationen von Parteien und deren Wählerschaften.²

Baden-Württemberg (BW) und Rheinland-Pfalz (RP):

Instabile Parteiensysteme

Nach den LTW 2011 konnte ich für die Parteiensysteme beider Länder den Beginn eines *grundlegenden Wandels*³ feststellen. Analytisch machte ich dies an zwei Indikatoren fest, einmal einer hohen Fluktuation der Wählerschaft, ich habe eine Differenz im Ergebnis (mindestens) einer Partei von etwa 10% zur letzten LTW als Kriterium genommen. Zweiter Indikator war eine Formierung der Parteien und der Wählerschaft entlang einer neuen Konfliktlinie in der Gesellschaft (cleavage), nach dem AKW-Unglück in Japan war diese Konfliktlinie für den exorbitanten Wahlerfolg der Grünen verantwortlich.⁴

Die evolutionären Vorteile der grün-libertären Formation (Regierungseteiligungen) versuchte man in RP wie in BW nach 2011 zu nutzen. Das ist in beiden Ländern in unterschiedlichem Maße gelaufen. In RP gelang dies den Grünen weniger gut, nach etwa einem Jahr konnte statistisch betrachtet eine „Regression zum Mittelwert“ beobachtet werden, die Zahl der Anhänger fiel

auf ein durchschnittliches Vor-Fukushima-Niveau zurück.⁵ Das hing damit zusammen, dass sich die grüne Innovation im Parteiensystem verbreitete, entsprechende Variationen bei anderen Parteien auftauchten und positiv selektiert wurden. In BW führten die Grünen die Regierung und steuerten gewissermaßen diesen Prozess, trieben selbst damit in die politische Mitte. Den regionalen Konflikt um Stuttgart 21, mit landesweiter Bedeutung, führten sie in einen Kompromiss. Die Grünen rekombinierten geschickt Merkmale von CDU und SPD mit denen der Grünen und waren damit erfolgreich.

Neue Konfliktlinie, neuer politischer Player

Bevor die Parteiensysteme wieder in eine stabile Lage kommen konnten, entstand entlang der sogenannten Flüchtlingsfrage eine neue Konfliktlinie, weil die Anti-Euro-Partei AfD den diffusen Ängsten Vieler, die nach Jahren Erfahrung mit wachsender Ungleichheit und/oder regionalen wie sozialen Abhängigkeits-Seins, dann durch die Euro- und Europakrise bereits seelisch zermürbt, wenigstens makrosozial schwer gestresst waren, einen kohärenten und organisatorischen Ausdruck verlieh. Einzig die Grünen in BW konnten darauf erfolgreich reagieren, indem sie, besser ihr Repräsentant, MP Kretschmann, die Innovation der AfD, kommunitaristische Werte und Vorstellungen gegen eine universalistisch-libertäre Gesellschaftsidee (ob neoliberal oder linksegalitär) zu setzen, aufnahm und mit eigenen zu kombinieren suchte. SPD und CDU sind in beiden Ländern damit befasst, sich teilweise gegen ihre Bundesparteien auf der neuen Konfliktlinie zu positionieren, wenig erfolgreich bislang. So weichen bisherige Formationen mit ihren Wählerschaften weiter auf.

Beide Parteiensysteme werden sich also in und nach diesen LTW weiter und wiederum in andere Richtung grundlegend wandeln. Hohe Fluktuationen waren anzunehmen und sind eingetreten, erdrutschartige Gewinne der einen, Verluste der anderen schienen möglich und wurden Realität. Der Eintritt neuer Player war zu prognostizieren gewesen, für die AfD sicher, für Die Linke in beiden Ländern und für die FDP in RP erschien dies Wochen vor den Wahlen möglich. Die Linke hat es nicht geschafft.

Schwierige Regierungsbildungen

Für BW konnte man ungewohnte Koalitionen vorhersehen, am Ende des Wahltages sind es zwei geblieben: grünschwartz und die Ampel. In RP wiesen die Umfragen auf Schwarz und Rot, das gab es seit 1947 nicht. Nun ist

es Rotschwarz, auch die Ampel ginge.

Parteien

Die **SPD** in BW, die **CDU** in beiden Ländern erlitten herbe Verluste, ja historische Tiefstände. Auch wenn die SPD in RP eine Regierungsoption bekommen hat, so ist mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 das Signal für die Bundespartei und deren Vorsitzenden Sigmar Gabriel doch äußerst negativ.

Für die **Grünen** sieht es in beiden Ländern unterschiedlich aus. In RP sind sie dramatisch abgestürzt und grad eben so über die Fünf-Prozent-Hürde gekommen, in BW waren sie die triumphalen Gewinner der Wahl. Sie hätten in beiden Ländern eine Regierungsoption. Zur schwarzgrünen Option wie zur Ampel sind kräftige innerparteiliche Diskussionen zu erwarten.

Die **AfD** hat den Einzug in beide Landtage satt geschafft. Damit würde die Partei, deren Einzug im Herbst in Mecklenburg-Vorpommern sicher scheint, der in Berlin wahrscheinlich, über zehn Fraktionen in Landtagen verfügen – eine gute Ausgangsbasis für den Bundestagswahlkampf 2017. Der Einzug in die Landtage von BW und RP hätte auch innerparteiliche Folgen, beide Landesverbände sind erkennbar weniger völkisch-national unterwegs als die Gauland-Höcke-Truppe; ob ein Richtungskampf oder ein Burgfrieden 2017 zu erwarten ist vermag ich nicht vorherzusagen.

Ein Blick auf **Die Linke** in beiden Ländern zeigt, dass die Partei aus ihrer Diasporaposition seit Gründung 2007 nicht heraus gekommen ist. Die Mitgliederzahlen stagnieren, verglichen mit ostdeutschen Flächenländern liegt der Schlüssel Mitglied/Einwohner etwa um den Faktor 10 niedriger. Es gibt wenige kommunale Mandate, hier liegt der Schlüssel Mandat/Einwohner um den Faktor 30 (RP) bzw. 50 (BW) niedriger. Dass die Partei 2016 an der Parlamentsschwelle stand, war zwei Sachverhalten geschuldet. Erstens den Entwicklungen im Elektorat, evolutionär gesprochen ist ja das Elektorat das Subjekt, die Partei das Objekt: Wenn hinreichend viele WählerInnen, volatil geworden durch soziale Erfahrungen, nach einer Partei wie der Linken als Wahlalternative zu anderen Parteien oder zur Nichtwahl suchen, dann werden sie diese auch finden und wählen, also zu ihrem Objekt machen. In absoluten Zahlen war dies auch stärker der Fall als 2011. Zweitens, auch wenn sich die WählerInnen ihre Partei suchen, so muss diese doch auffindbar, präsent und zudem wählbar sein, Objektqualitäten haben. Das traf für Die Linke sowohl in RP wie in BW zu.

Sachsen-Anhalt (ST)

Stabiles Parteiensystem

Sachsen-Anhalts Parteiensystem war ein Drei-Parteien-System, in das immer wieder kleinere Parteien (FDP, Grüne, DVU) ein- und ausgetreten sind. CDU, SPD und Linke (bis 2007: PDS) konnten zusammen stets drei Viertel der Stimmen ziehen. Die Wählerschaft hatte eine lange Erfahrung und Tradition, einerseits einen stabilen Block dreier Parteien zu wählen, andererseits kleinere Parteien auch mal gut zweistellig in den Landtag zu bringen – und sie bei der nächsten Wahl wieder herausfallen zu lassen. Das Elektorat war entwicklungsoffen, mochte Variationen ausprobieren. Bei dieser Wahl nun ist es quasi kollabiert, in einen sehr instabilen Zustand übergegangen.

Neue Konfliktlinie, neuer politischer Player

Was ich für BW und PR konstatierte galt auch für ST, die neue Konfliktlinie, an der sogenannten Flüchtlingsfrage festzumachen und der neue Player AfD bestimmten den Wahlkampf. Die hohe Volatilität in ST kam, anders als in BW und RP, nicht aus einem instabi-

len Parteiensystem, sondern aus einem stabilen, welches bislang eher *temporäre Fluktuationen* zeigte. Damit ist es, wie gesagt, nach der Frühjahrswahl 2016 vorbei. Der Fortbestand der Konfliktlinie und der Einzug der AfD in großer Stärke in den Magdeburger Landtag markieren den Beginn eines *grundlegenden Wandels* des Parteiensystems, mit offenem Ausgang.

Bekannte Koalitionsoptionen

Seit der Wende gab es immer die schwarzrote Option in ST, auch wenn sie erstmalig im April 2006 gezogen worden ist. Diese „Basisoption“ war am Wahlabend verloren, „Kenia“ oder Neuwahl ist die Alternative heute.

Parteien

Die **CDU** konnte nicht über der 30%-Marke bleiben, das ist für sie aber kein Problem im Vergleich zum Ergebnis der letzten Landtagswahl (32,5%).

Die **SPD** ist erstmalig unter die 20%-Marke, schlimmer noch, sie hat gerade noch die 10%-Marke überschritten. Ein Desaster existentieller Art. Mit Blick auf das Festhängen der Bundespartei im Umfragetief einer-

seits, Ergebnisse in BW, Sachsen und Thüringen auf eben diesem Niveau andererseits, wird das die Parteiführung schwer unter Druck setzen.

Grüne und FDP standen an der Schwelle der 5%, die Grünen haben sie genommen, die FDP nicht. Sie sind es in ST gewohnt.

Die Linke hat sich trotz schwerer Verluste mit 16,3%, als eine stabile Kraft im Parteiensystem in ST behauptet. Ihr Spitzenkandidat Wulf Gallert hat im Wahlkampf durch seine konsequente Werthaltung in der Flüchtlingsfrage seinerseits den libertären, humanistischen Haltungen, Werten und Erwartungen vieler in dieser Hauptsache einen kohärenten politischen Ausdruck verliehen. Das war wichtig. Gewinnen konnte er unter diesen Umständen nicht.

Fazit

1. Wir haben nach den Frühjahrswahlen in allen drei Ländern instabile Parteiensysteme, in grundlegendem Wandel befindlich. Die neue Konfliktlinie bezüglich der Flüchtlingsfrage und der neue Player AfD

Erste Reaktionen aus der Linkspartei

Bernd Riexinger zum Wahlergebnis in Baden-Württemberg

„Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen, die mit uns einen so engagierten Wahlkampf geführt haben. Das Wahlergebnis ist für uns bitter, wir hatten mehr erhofft. Im Wahlkampf hatten wir viel Zuspruch und auch viel Zulauf gerade von jungen Menschen bekommen. Daran werden wir jetzt anknüpfen, um in den nächsten Jahren weiter nach vorne zu kommen. Wir erleben gerade in Baden-Württemberg einen massiven Erosionsprozess der SPD und der CDU. Und wir beobachten einen Rechtsruck, für den die Politik der großen Koalition und auch der Landesregierung verantwortlich ist. Jegliche inhaltliche Diskussion war überlagert von der Flüchtlingsfrage, landespolitische Themen wurden kaum diskutiert. Eines ist aber völlig klar: Die Linke wird auch weiterhin klare Kante gegen Rassismus und Rechtspopulismus sowie für mitmenschliche, sozial gerechte Politik zeigen.“

Linke Sachsen-Anhalt, Wahlabend

Um 18 Uhr erklärt Wulf Gallert: „Wir haben es generell mit einem deutlichen Rechtsruck zu tun, das ist eine Situation, die uns überhaupt nicht befriedigen kann. Das ist eine deutliche Niederlage auch für meine Partei. Was hier zum Ausdruck kommt, ist etwas Beunruhigendes, darüber müssen wir

länger nachdenken, und dafür habe ich heute auch noch nicht alle Antworten parat. Die jetzt vorliegenden Werte sind ziemlich überraschend, deshalb werden wir uns heute Abend an Konstellationsdebatten nicht beteiligen. Wir werden mit hoher Wahrscheinlichkeit weiter als Opposition im Landtag arbeiten, aber ich denke, wir sollten vor allem vorsichtig sein mit schnellen Schlussfolgerungen und nicht ausgereiften Analysen.

Ich wünsche mir ausdrücklich, dass alle Demokraten im Landtag in die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD gehen und sich offensiv mit deren ja eigentlich fehlenden Argumenten und völlig widersprüchlichen Zielstellungen auseinandersetzen.“

Auch Rico Gebhardt, Landes- und Fraktionsvorsitzender der Linken in Sachsen, äußert sich zum Wahlausgang: „Ohne Zweifel, wir hätten uns andere Ergebnisse erhofft. Das ist eine Niederlage für uns. Aber eben auch eine Niederlage der Werte wie Humanismus, Solidarität und Demokratie. In der zugespitzten Auseinandersetzung in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ist es uns leider nicht gelungen, mit unseren Überzeugungen und sozialen Antworten auf die Fragen unserer Zeit wahrgenommen zu werden. In Sachsen-Anhalt haben wir an Zustimmung gegenüber der letzten Landtagswahl verloren. Bundespolitische Themen haben in allen drei Wahlkämpfen die landespolitische Auseinandersetzung überlagert. Wir haben einen massiven Rechtsrutsch

erlebt. Das müssen wir so zunächst zur Kenntnis nehmen. Ich bin der Letzte, der die Schuld an den Ergebnissen nun bei den engagierten Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern unserer Partei in diesen drei Ländern suchen wird. Ihnen gilt mein Dank für ihr Engagement in diesen nicht einfachen Zeiten. Wir müssen jedoch eine Strategie finden, wie wir uns diesem Rechtsrutsch entgegenstellen.

Was klar ist: Wir werden unsere Grundüberzeugungen von einer solidarischen, demokratischen und welt-offenen Gesellschaft nicht mit Blick auf den kurzfristigen Wahlerfolg über Bord werfen. Die Ergebnisse der AfD zeigen: Mit einer lavierenden Politik und der Übernahme von Positionen dieser Partei haben CDU und SPD diese überhaupt erst bestätigt und stark gemacht. Es hat ihnen nichts genutzt, sondern nur der AfD. Davor haben wir seit Jahr und Tag gewarnt. Es ist bitter, in dieser Form bestätigt zu werden.“

Den Finger in die Wunde legen

Von Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion Die Linke. im Bundestag

Die Ergebnisse der drei Landtagswahlen am vergangenen Sonntag in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt sind enttäuschend und erschütternd. Mit dem Einzug der rechtspopulistischen AfD in die drei Landtage ist diese Republik weiter nach rechts gerückt. Doch nicht nur die landesweiten Ergebnisse dieser Partei

- zwingen Elektorat und Parteien zu Neuausrichtungen. Diese Entwicklung dürfte auch die Herbstwahlen und das Wahljahr 2017 bestimmen.
2. Das Parteiensystem Deutschlands steht vor einer Neuordnung. Auf der zentralen Rechts-Links-Achse gibt es nun neben der Union eine parlamentarisch erfolgreiche Partei. Für die Herbstwahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bis zur Bundestagswahl 2017 ist ein Fortschritt dieser Entwicklung anzunehmen.
 3. Die drei institutionellen Säulen des „Systems Merkel“, Bundestag, Bundesrat und Bundespräsident, sind nach diesen Frühjahrswahlen nicht einsturzgefährdet. Das könnte sich 2017 ändern, der Baugrund beginnt weich zu werden.
 4. Bei den Parteien wie im Elektorat wird es viel evolutionäres Geschehen geben, Orientierungen, Bewertungen, Selektionen, Rekombinationen, Personalien – viel wird sich ändern. Auch Die Linke wird sich bewegen müssen, will sie nicht bei den nächsten Wahlen schon heftige Wettbe-

werbsnachteile erleiden.

- 1 Kitschelt, Herbert: Party Systems. In: The Oxford Handbook of Political Science (Online), S. 3
- 2 Siehe dazu Kriesi, Hanspeter (2010): Restructuration of Partisans Politics and the Emergence of a New Cleavage Based on Values, West European Politics, 33: 3, 673 – 685
- 3 Man unterscheidet zwischen temporären Fluktuationen, einem begrenzten und einem grund-

legenden Wandel von Parteiensystemen sowie deren Transformation. Niedermayer, Oskar u.a.: Die Parteiensysteme Westeuropas, Wiesbaden 2006, S.13 f.

4 <http://www.haraldpaetzolt.de/wp-content/uploads/2011/08/londondt.pdf>

5 Zu diesem Phänomen empfehle ich: Kahne-
man, Daniel: Schnelles Denken, langsames
Denken. München 2011, S.219ff.

Was Handfestes gegen neuen Nationalismus

Noch letzten August war die praktische Bedeutung der Differenzierungen, die sich vor allem im konservativen Spektrum der Parteilandschaft ereignen, ungewiss und ein eher etwas abseits liegender Gegenstand theoretischer Erörterungen. Nach den jüngsten Wahlen steht fest, dass vage und breit gestreute Meinungspotentiale in der Bevölkerung sich zu politischen Ausrichtungen verfestigt haben. Diese Veränderung der Struktur der politischen Öffentlichkeit hat sich im letzten

Halbjahr auf die entstehende AfD parteipolitisch bezogen.

So ist nun eine Partei entstanden, die Kandidatinnen und Kandidaten anlockt, die mit den Misslichkeiten der Parteiformierung und der Kandidaten-Aufstellungsprozeduren fertig wird, Wahlkämpfe führen und Meinungspotentiale in Macht ummünzen kann. Macht, denn immerhin wird der Auftritt der AfD in drei Bundesländern zu neuen Koalitionen führen. Wenn das Ziel der AfD die Destabilisierung

müssen uns sorgen, auch die Zahlen aus einzelnen Wahlkreisen sind alarmierend. Denn auch bei den Direktmandaten konnte die AfD gewinnen. In Baden-Württemberg beispielsweise holte sie zwei Direktmandate, in Pforzheim und Mannheim I. In Sachsen-Anhalt kam es noch schlimmer. Dort holte sie sogar 15 Direktmandate.

Die Rechtspopulisten und Flüchtlingsgegner sind in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz so zur drittstärksten und in Sachsen-Anhalt mit Abstand sogar zweitstärkste Kraft geworden. Die Wahlentscheidung vieler Menschen in den drei Bundesländern ist zu akzeptieren und ein konsequenter Umgang damit nun zu suchen. Nicht zu akzeptieren sind die Parolen und Politik der AfD, die auf chauvinistische, anti-soziale und rassistische Ressentiments setzen und damit eine ganze Gesellschaft spalten.

Die Linke konnte leider in allen drei Bundesländern ihre Ziele nicht erreichen. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz verpassten wir den Einzug in die Landtage. Doch auch hier gibt es Positives. So erreichte die Partei in Freiburg 8,4 Prozent und kletterte in den Städten Heidelberg, Stuttgart und Tübingen auf über fünf Prozent.

Ähnliche Erfolge konnten wir eine Woche zuvor bei den Kommunalwahlen in Hessen erzielen, wo wir in einigen Städten zweistellig in die parlamentarischen Vertretungen gewählt wurden. Das Fundament unserer Partei wird in den Kommunen gebaut.

Bei allem Entsetzen über die Wahlergebnisse vom Sonntag werden wir als Partei weiter auf unsere Stärken setzen: Uns um die Sorgen und Nöte der Menschen vor Ort kümmern und ihre Interessen mit konkreter Politik vehement vertreten.

Dies in der aktuellen Auseinandersetzung gegen den Rechtstrend verstärkt nach vorne zu stellen, wird nun Aufgabe der Linken außerparlamentarisch und in den Parlamenten sein. Auch Die Linke im Bundestag wird nicht müde werden, auf die soziale Spaltung in unserem Land – betrieben durch die große Koalition – hinzuweisen und den Finger in die Wunde zu legen. Wir werden weiterhin gegen Gewalt und Hetze gegen Geflüchtete Politik machen und Widerstand gegen die zunehmende Spaltung der Gesellschaft leisten. Wir werden weiter Druck auf Union und SPD im Bundestag ausüben.

Die Wahlen vom vergangenen Sonntag haben gezeigt, dass Rechtspopulisten stärker werden, wenn deren Forderungen nachgegeben werden. Denn die Antworten der Rechtspopulisten auf die Fragen der Zeit sind keine Antworten, sondern Spreng- und Brandsätze für den Frieden in Deutschland.

Union und SPD müssen ihre Politik der Abschottung und des Ausspiels der Armen gegen die Ärmsten endlich beenden und gemeinsam mit allen Demokraten den Kampf gegen rechts aufnehmen. Wir sind der Überzeugung, dass die Mehrheit der Menschen sich für Weltoffenheit und soziale Gerech-

tigkeit ausspricht. Diesen Wählerauftrag werden wir umsetzen.

Die Linke. Hessen legt flächendeckend auf 4,5 Prozent zu

Unsere klare Haltung in der Flüchtlingsfrage und die Zuspitzung auf die soziale Frage haben zu unserem Erfolg bei der Kommunalwahl beigetragen. Wir freuen uns über das sehr gute landesweite Ergebnis von 4,5 Prozent“, erklären Heidemarie Scheuch-Paschkewitz und Jan Schalauske, Landesvorsitzende der Partei Die Linke. Hessen. „Im Vergleich zur letzten Kommunalwahl haben wir 1,2 Prozent zugelegt. Die Zahl unserer Mandate konnte damit um 35 Prozent gesteigert werden. 208 Personen werden künftig für Die Linke in den kommunalen Parlamenten eine Politik für soziale Gerechtigkeit machen.

Diese gewachsene Zustimmung für unsere Positionen nutzen wir, um in den kommunalen Parlamenten den Druck für soziale Gerechtigkeit weiter zu erhöhen. Der Kampf für soziale Gerechtigkeit ist zugleich zentraler Bestandteil unseres Kampfes gegen rechts. Wir werden uns noch schärfer mit rechtspopulistischen und faschistischen Parolen auseinandersetzen. Wir wollen soziale Gerechtigkeit für alle durchsetzen. Menschen mit geringen Einkommen oder von sozialem Abstieg bedrohte Durchschnittsverdiener werden wir nicht ihren Nöten und Ängsten überlassen, sondern ihre Interessen konsequent vertreten.“

ist, so hat sie dieses Ziel in den drei Bundesländern unmittelbar nur deswegen verfehlt, weil große Anteile der Wählerinnen und Wähler in der verworrenen Situation sich entschieden, die Regierung zu stärken und für die Partei der Ministerpräsidentin bzw. der Ministerpräsidenten zu stimmen.

Man mag kaum glauben, dass die unkontrolliert wirkenden brutalen Sprüche aus dem Parteiaktiv der AfD die Zustimmung aus der Wählerschaft ausgelöst haben. In dieser Hinsicht tröstliche Umfragen sagen, Dreiviertel der AfD-Wähler haben mit dem Ziel votiert, anderen Parteien einen sogenannten Denkkzettel zu verpassen. Diese Deutung ist riskant, denn sie legt den Schluss nahe, dass der Spuk aufhören würde, sobald die anderen Parteien von ihnen vernachlässigte Probleme mit der gebotenen Dringlichkeit aufgreifen würden.

Was aber ist, wenn die Wählerschaft auf ein Angebot reagiert, das die vorher auf dem Plan befindlichen Parteien nicht machen können, ohne ihre Identität einzubüßen? Hat sich in der politischen Landschaft der BRD eine Kluft aufgetan, wie viele meinen, oder ist das, wie andere sagen, maßlos übertrieben?

Die neue Partei habe, so wird der AfD vorgehalten, kein politisches Programm. Das ist nicht richtig. Könnte die AfD-Kampagne die von Frau Merkel geführte Koalitionsregierung zu Fall bringen, so wäre das ein Schritt bei dem Versuch, den ganzen Komplex deutscher Politik nationalistisch neu zu formulieren. Dieser Versuch ist nicht ohne Aussicht. In den Debatten um Euro-Krise, Grexit, Sicherheitsgesetze ist in den letzten Jahren ein breiter Fundus von ausgebauten, politisch verwertbaren Projektionen entstanden, die derzeit in den Hintergrund getretene EU-Kritik und Eurokritik gehören zum Gründungsgut der AfD. Dass die Partei sich vom bestehenden Parteisystem als Ganzem schroff abgrenzt, was sie vorzugsweise durch das Mittel beleidigender Kennzeichnungen Andersdenkender macht, darf nicht darüber täuschen, dass sie nicht unkontrolliert krakeelt, sondern zielstrebig. Auch laufen die rüden und brutalen Reden parallel zu einer nicht enden wollenden Reihe verbrecherischer Übergriffe mit ausländerfeindlichem Hintergrund. Jene Sprüche und diese Taten bestärken sich gegenseitig. Gerade, weil menschenfeindliche Beleidigung oder gar Gewalttat sich an moralischen Maßstäben messen lässt, zwingen solche Aktivitäten jeden Einzelnen zur Entscheidung, zu Ablehnung oder Bekenntnis. Der Hinweis, dass es in der BRD seit jeher ein großes Potential rechtsextremer Ansichten gegeben habe, erklärt nicht, wieso dieses Potential sich gerade jetzt zur politischen Kraft ballt.

Die Öffentlichkeit ist durch die Medien über die Hetzreden des Parteiaktivs und die Breite der Welle fremdenfeindlicher Verbrechen informiert. Diese Reden und Taten werden, um es mit der Sprache des Rechts zu versuchen, als ein Mittel zum Zweck billigend in Kauf genommen. Um welchen Zweck geht es? Diese Bewegung hat sich an der Gestaltung zweier verschiedener großer, für das Geschick des Landes bedeutsamer Beziehungen entzündet. Es geht um Fragen der Rangordnung. Wenn eine Güterabwägung zwischen „deutsch“ oder „europäisch“ formulierten Interessen nötig wird, was hat dann den Vorrang? Wie weit sollen Rechte und Leistungen, die den Staatsangehörigkeiten garantiert sind, Fremden zukommen? Wie gilt der Anspruch auf Gewährung von Menschenrechten im Konflikt?

Es ist wahr, mit Parolen wie „Deutschland zuerst“, „Deutschland den Deutschen“, „Ausländer raus“ sucht der Rechtsextremismus seit Jahr und Tag Anhängerschaft. Diese Extrempositionen lassen und ließen sich mit dem Verweis auf die Tatsachen der wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtung kontern. Die BRD kann als isolierter Einzelstaat nicht überleben, und ihre Bürgerinnen und Bürger wollen ein solches Land nicht.

Um große politische Wirkungen zu erzielen, müssen Abwägungsgüter wie „europäische Solidarität“, „Menschenrechte“, „Bürgerrechte“ nicht auf null gestellt werden und „Deutschland“ auf unendlich. Wenn echte Abwägungsprozesse erforderlich sind, genügen kleine Änderungen in der Gewichtung der Güter, um Änderungen von Gesetzen und Regierungshandeln auszulösen. Im Kampf um den Rang der Erwägungsgründe liegt es nahe, Werte wie Menschenrechte als höchste Güter hinzustellen, aber in der Welt der Tatsachen sind die Gewichte anders verteilt. So steht im Grundgesetz die Verpflichtung des Staats auf Menschenrechte, Menschenwürde, Völkerfreundschaft und diese Festschreibungen sind nicht bedeutungslos. Aber im Kanzlereid ist z.B. auch die Rede davon, dass die Regierung den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren und Schaden von ihm, dem deutschen, abzuwenden habe. Auf ganz banale Weise ist der Unterschied zwischen Mensch und Staatsbürger bei allen eingefleischt. Niemand würde etwa erwarten, sich an einer Wahl beteiligen zu können, die z.B. ein Frankreich gerade zum Zeitpunkt des Urlaubs in der Bretagne stattfindet. Da gibt es tausend Sachen, über die man gar nicht reden muss ...

Weil die Differenzierung zwischen „zugehörig“ und „nicht zugehörig“ in der modernen Lebensorganisation zum Überlebenswerkzeug jeder einzelnen Person gehört, und weil gleichzeitig die „anderen“ nicht ganz aus der Welt

fallen, sondern in anderen Bezügen dazu gehören, ist der Rückbezug auf übergreifende bzw. geteilte Werte und auch Interessen so wichtig, es geht um Rücksicht, und wo Rücksicht geübt wird, wurde abgewogen.

Nun hat die deutsche Nachkriegspolitik wohl zu keinem Zeitpunkt die Völkerverständigung über alles gesetzt, umgekehrt aber dann doch auch nicht Deutschland. Dass man auf die Nachbarn Rücksicht nehmen solle, und sei es auch nur im „wohlverstandenen Eigeninteresse“, war die vorherrschende Meinung, und daran hat sich seit der Eurokrise etwas geändert. Genauso hat die deutsche Politik die Menschenwürde zu keinem Zeitpunkt absolut gesetzt, sie hat aber doch Minima staatlichen Handelns fixiert. Diese Praxis wurde von der Bevölkerung weitgehend getragen, sie war als herrschende Lehre fixiert. Abwägungsprobleme konnten jahrzehntelang mit der Argumentationsfigur des „wohlverstandenen Eigeninteresses“ behandelt werden.

Wirtschaftliche Ausgleichsprobleme in Europa und von Kriegen ausgelöste Fluchtbewegungen haben dazu geführt, dass für die internationale und auch für die europäische Politik der Vorrang des Nationalinteressen und in der Innen- und Sozialpolitik der Vorrang der Inländer sich im politischen Denken als unbedingte Norm für Entscheidungen der Innenpolitik festsetzt.

Zwar schreibt das Grundgesetz dem Staat die Achtung der Menschenwürde vor. Zwischen den Rechtsansprüchen der Staatsbürger und dem Respekt vor der unverletzlichen Menschenwürde, auf die jede Person Anspruch hat, bestehen Unterschiede. Weil es eine Wahrung der Menschenwürde ohne ein gewisses Minimum an sicherem Aufenthalt, einer ausreichenden Versorgung und kulturellem Respekt nicht geben kann, stellt sich die Frage nach Art und Umfang der dafür erforderlichen Rechte und Leistungen. Um das Mehr oder Weniger solcher Leistungen gibt es seit Jahr und Tag ein Tauziehen.

Schiebt sich die Regel „Staatsbürger zuerst“ vor die Achtung der Menschenwürde, können die Mittel, die der Achtung von Menschenwürde dienen, auf null gesetzt werden. Entfernung aus dem Inland bzw. gewalttätigen Grenzabwehr werden Mittel der Wahl.

Eine solche Verschiebung der Werte lässt sich im Handeln der etablierten Institutionen finden. Mit der Situierung der AfD im politischen System der BRD ist sie nun als allgemeiner Gestaltungsgrundsatz politischen Handelns etabliert. Was kann dagegen unternommen werden?

Vielleicht lohnt sich die Überlegung, wie Völkerverständigung, Menschenrechte und Menschenwürde im politischen Denken Deutschlands zu Rang und Benennung kamen? Dies geschah

im Zuge einer Fortentwicklung der Weltgesellschaft, die den deutschen Nationalsozialismus niedergerungen hatte und in einer Reihe von politischen Deklarationen jene Werte nicht nur ausgesprochen hat, sondern auch eine politische Organisation schuf, die ihnen Permanenz und Geltung schuf.

Seitdem besteht im internationalen Verkehr der Staaten die Möglichkeit, sich auf geteilte Werte und wechselseitig anerkannte Normen zu beziehen. Das eröffnet nicht nur die Möglichkeiten des Verhandels, sondern auch die Chance rechtlicher Klärung von Streitfällen.

Die Formulierung von Politik als Bündel nationaler Vorteile (und auf der Basis nationaler Vorurteile) findet in vielen Staaten und Regionen der Welt Anhänger. Sie ist in Deutschland mit einer bemerkenswert weit verbreiteten Bereitschaft zu Hassreden und Hassverbrechen verbunden.

Widerstand gegen diese Entwicklung hat am ehesten Aussichten, wenn er sich auf eine Praxis der weltweit über-

greifenden Festigung von Normen und Werten beziehen kann. Solche Bezüge bestehen praktisch, und sie bestehen auch kulturell. Sie basieren auf Erfahrungen und Traditionen der internationalen Arbeiterbewegung, aber auch der caritativen Organisationen, sie schlagen sich nieder in Strategien zum Kampf gegen Armut, in Gesundheits- und Bildungsprogrammen usw.

Es ist das Geflecht dieser Praktiken und Kritiken, die zu der Wertverschiebung im rechten Spektrum einen Kontrapunkt setzt und eine breite Bewegung zu solidarischem Engagement ausgelöst hat. Diese beeindruckende zivilgesellschaftliche Bewegung hat auch ganz erheblichen Einfluss auf die kommunale Politik und das Handeln der Sozialverbände.

Woran es fehlt: Die Parteien der Bundesrepublik sind auf den Handlungsraum des Nationalstaates fixiert. Und leider ist das auch in den anderen Industriegesellschaften so. Obwohl es beinahe schon ein Übermaß an international wirkenden zivilgesellschaft-

lichen Initiativen gibt, sind die linken und links orientierten Parteien nicht in der Lage, sich auf diese Bewegungen politisch zu beziehen, d.h. sie finden nicht den Weg zur politisch-inhaltlichen Weiterentwicklung der internationalen Einrichtungen.

Linke Politik müsste aber internationale Normen und Zielsetzungen verfechten, damit konkrete Alternativen zur nationalistischen Orientierung sozialer Kritik entstehen kann. Die Tradition der Emanzipationsbewegungen sollte die Arbeit an solchen Alternativen eher beflügeln, schon im vorvorigen Jahrhundert war man zu der Meinung gekommen, dass das Menschenrecht international erkämpft werden sollte. Angesichts der weltweiten zivilgesellschaftlichen Praxis von Zusammenarbeit und Suche nach strategischen Lösungen sind die Chancen, den zerstörerischen und trügerischen Ideen des neuen Nationalismus etwas Handfestes entgegenzusetzen, so schlecht nicht.

Martin Fochler

EU: Im Verkehr faire Arbeitsbedingungen

„Fair Transport Europe“ heißt eine Initiative, die auf EU-Ebene dafür sorgen soll, dass faire Bedingungen für die Beschäftigten im Verkehrssektor festgeschrieben werden. Um das Ziel zu erreichen, sammeln die Beteiligten – darunter Verdi, zahlreiche europäische Gewerkschaften und der Verein mobil-fair – Unterschriften. Zum Welttag der sozialen Gerechtigkeit am 20. Februar haben die Vorstände von Verdi, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) und des DGB gemeinsam zur Unterstützung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Fair Transport Europe“ aufgerufen. Europaweit werden mindestens eine Million Unterschriften benötigt. „Fair Transport Europe“ will bei der EU-Kommission erreichen, dass europaweit Maßnahmen durchgesetzt werden, die den Beschäftigten im Verkehrsbereich gute soziale Bedingungen und faire Löhne garantieren. Die Arbeitsbedingungen von zwei Millionen Beschäftigten im europäischen Verkehrswesen, im Kraftverkehr, in der zivilen Luftfahrt und im Seeverkehr sowie in anderen Transportsektoren, geraten im europäischen Wettbewerb immer weiter unter Druck. Gute Arbeit ist in Gefahr. „Die Marköffnung und Liberalisierung des Verkehrssektors durch die EU fand bisher überwiegend auf Kosten von sozialen Standards statt und führte vielerorts zu Lohndumping. Alle Länder sind davon gleichermaßen betroffen. Um diese Entwicklung zu stoppen, brauchen wir faire Regelungen für ein soziales Europa“, sagt Verdi-Bundesvorstandsmit-

glied Christine Behle. Gemeinsam mit der Bürgerinitiative und den weiteren Partnern will Verdi die EU-Kommission auffordern, endlich zu handeln und europaweit Maßnahmen für einen fairen Transport zu ergreifen. Das Ziel der Bürgerinitiative ist es, Geschäftspraktiken zu verhindern, die zu Sozial- und Lohndumping führen.

Drei Gründe für einen fairen Transport in Europa: Standards: Nationale Lohnstandards geraten durch niedrigere Standards in anderen Ländern unter Druck. Wettbewerb: Der Wettbewerb in Europa bei Ausschreibungen wird hauptsächlich um die niedrigsten Löhne geführt und setzt faire Unternehmen unter Druck. Fahr- und Ruhezeiten: Die Arbeitszeiten sind ein Einfallstor für schlechte Arbeitsbedingungen und ein Sicherheitsrisiko für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Bis 14. September muss die EBI „Fairer Transport in Europa“ eine Million gültige Unterstützungsbekundungen in einem Viertel aller EU-Mitgliedsstaaten gesammelt haben. Das heißt in sieben Ländern. In Deutschland müssen 250.000 Unterstützungsbekundungen zusammenkommen. Mit der Unterschrift unter die Forderungen der EBI unterstützen die Unterzeichner/innen das Anliegen von Millionen Beschäftigten im Straßengütertransport, der Logistik, den Öffentlichen Nahverkehr, der Eisenbahn und zivilen Luftfahrt auf faire Arbeitsbedingungen. Nur wenn genügend Unterschriften zusammenkommen, wird sich die EU mit den Forderungen für einen fairen Transport in Europa befassen. Unter sign.fairtransporteurope.eu kann für die Aktion unterzeichnet werden.

Quelle: <http://www.verdi.de>, 19. Februar 2016

Schweiz: Den Sonntag schützen

Am 3. März, dem internationalen Tag des freien Sonntags, erinnerte die Sonntagsallianz (Kirchen, NGO, Gewerkschaften, Parteien) daran, wie wichtig es ist, den Sonntag als gemeinsamen gesellschaftlichen Ruhetag zu schützen. Der arbeitsfreie Sonntag wird aktuell vor allem vonseiten des Detailhandels in Frage gestellt, häufig im Namen des Einkaufstourismus. Zum Beispiel: Der Bundesrat hat am 1. Februar einer weiteren Ausnahme des Sonntagsarbeitsverbots in Einkaufszentren zugestimmt: nach Foxtown im Tessin hat nun auch das Outlet-Village in Landquart eine Bewilligung erhalten. Und dies, obwohl die restriktiven Kriterien des Bundesrates noch nicht einmal überprüft wurden. Die Allianz erwartet, dass sich der Bundesrat in dieser Frage äußert. In mehreren Kantonen versuchen Wirtschaftslobbyisten, den Sonntagsverkauf zu auszuweiten. Das ist der Fall in Bern, wo der Große Rat in einer Motion die Ladenöffnung im Stadtzentrum fordert. Ebenso im Wallis und in Genf, wo Vorlagen für den Sonntagsverkauf an vier Sonntagen pro Jahr vorliegen. Die Schweizerische Post hat angekündigt, einen Lieferservice per Taxi in mehreren Städten der Schweiz für Kunden von Coop@home und Nespresso zu prüfen. Die Sonntagsallianz kann nicht akzeptieren, dass ein öffentlicher Dienstleister das Sonntagsarbeitsverbot umgehen will. Und dies für ein Bedürfnis, das

Auslandsnachrichten

in keiner Weise als dringend zu erachten ist. Die Sonntagsallianz wird bei den betroffenen Gesellschaften intervenieren. Während der Bundesrat und die Detailhandelsketten versichern, den Sonntag im Rahmen des Bundesgesetzes über die Ladenöffnungszeiten nicht antasten zu wollen, häufen sich die Ausnahmen auf dem Verordnungsweg und in den Kantonen. Die Sonntagsallianz ist beunruhigt über die Ausweitung der Sonntagsarbeit auf immer mehr Beschäftigte und fordert in einem heute veröffentlichten Brief eine Anhörung bei Herrn Bundesrat Schneider-Ammann. Der Sonntag ist ein wichtiger Tag für das gesellschaftliche Zusammenleben, für kirchliche, soziale und familiäre Aktivitäten, für die Erholung und Gesundheit jedes einzelnen. Die Sonntagsallianz zeigt zum Thema einen kurzen Film, der auf den sozialen Netzen ausgestrahlt wird.

Quelle: <http://www.syna.ch>, 3.3.2016

Polen: Gleichbehandlung für die Beschäftigten

Anlässlich einer Veranstaltung für die papierverarbeitende Industrie in Berlin hat der Vorstandsvorsitzende von Smurfit Kappa, Tony Smurfit zur „erfolgreichen Osterweiterung“ seines Unternehmens gesprochen. Dies nahmen Kolleginnen und Kollegen aus Polen, von der welt- und europaweiten Gewerkschaft UNI Global Druck und Verpackung aus Nyon in der Schweiz und Brüssel, sowie von der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi zum Anlass, für die Rechte der Beschäftigten in den fünf polnischen Smurfit-Kappa-Werken zu demonstrieren. Einseitig wurden dort alle Verhandlungen mit der Gewerkschaft ZZP abgebrochen, Gewerkschaftsliteratur wird verboten. Außerhalb der offiziellen Pausen bleibt es untersagt, über arbeits- und tarifrechtliche Probleme zu sprechen. Die Vorarbeiter wurden angewiesen, Verwarnungen auszusprechen und Observationen zu Einschüchterungszwecken durchzuführen. Den Gewerkschaftsvertretern wird kein betriebliches Zugangsrecht eingeräumt. Der Vorstandsvorsitzende wurde aufgefordert, den Unternehmenskodex von Smurfit Kappa auch in Polen einzuhalten, indem die Beschränkungen für die Beschäftigten und die Gewerk-

schaftsvertreter aufgehoben und die Verhandlungen über die Entgelte und die arbeitsrechtlichen Beziehungen wieder aufgenommen werden. Im Unternehmenskodex von Smurfit Kappa verpflichtet sich das weltweit tätige Unternehmen mit 42.000 Beschäftigten u.a. zur Einhaltung der grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (der ILO-Erklärung) und der UN-Menschenrechtserklärung. In Polen sollen diese Prinzipien derzeit nach dem Willen des dortigen Managements nicht gelten. Fast alle graphischen Gewerkschaften Europas und auch aus Lateinamerika unterstützen die Beschäftigten in den fünf polnischen Betrieben von Smurfit Kappa zur Durchsetzung von Tarifforderungen. Auch die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi wird die ca. 900 polnischen Kolleginnen und Kollegen in den fünf Werken weiterhin solidarisch unterstützen, in Verhandlungen zu einem Tarifvertrag zu gelangen.

Quelle: <http://verlage-druck-papier.verdi.de>, 1.3.2016

Türkei: Haribo-Belegschaft im Widerstand

Nachdem die Belegschaft der Haribo-Nahrungsfabrik in Istanbul/Hadımköy einen Zuschlag gefordert hatte, gab die Werksspitze bekannt, dass sie zwei Arbeitervertreter gefeuert hätten. Daraufhin haben 300 Arbeiter die Arbeit verweigert und sind vor den Werkstoren in Protest getreten. Die Haribo-Arbeiter berichten, dass sie nach der Erhöhung des Mindestlohnes durch ihre gewählten Vertreter mit den Arbeitgebern in Verbindung getreten sind und 30% Erhöhung des Zuschlages gefordert haben, jedoch die Fabrikspitze auf 14% bestanden hat. Die Belegschaft bei Haribo, wo täglich drei Schichten mit je acht Stunden gearbeitet werden, verlangen, dass ihre entlassenen Vertreter wiederaufgenommen werden und ihre Forderung nach einer Zuschlagserhöhung angenommen wird. Die Belegschaft hat angekündigt, dass sie die Arbeit verweigern wollen, sollte ihren Forderungen nicht nachgegeben werden, und die Schicht des nächsten Morgens aufgerufen, vor den Werkstoren zu protestieren. Die Arbeiter, welche zwischen 14.30 Uhr und 21 Uhr den Streik angetreten haben, haben unserer Zeitung berichtet, „wir wollen, dass die Zuschlagserhöhung von 30%, die mit dem Mindestlohn abgeschlossen wurde, auf die gesamte Belegschaft angewandt wird.“ Außerdem haben die Arbeiter zur Sprache gebracht, dass in allen Werken ähnliche Situationen herrschen und der Arbeitgeber von diesen Forderungen weiß, aber trotzdem keinen Schritt auf die Arbeiter zugegangen ist. Ein Arbeiter, der berichtet hat, dass die Verhandlungen für eine



Lohnerhöhung seit zwei Monaten andauern, stellte die Frage, „bis wohin diese Unsicherheit noch weitergehen“ solle. Die Arbeiter betonten auch, dass sie „in Sklavenverhältnissen zu arbeiten gezwungen sind“ und machten darauf aufmerksam, wie neuen Arbeitern Druck gemacht wird, eine Zwangsschicht am Sonntag einzulegen. Nachdem der Mindestlohn auf 1300 Türkische Lira (405 Euro monatlich) erhöht wurde, kam es in vielen Gebieten der Türkei in Fabriken zu Protesten mit der Forderung einer 30-prozentigen Erhöhung des Zuschlages.

Quelle: <http://www.didf.de>, 25.2.2016

Türkei: Arbeitskampf bei Renault spitzt sich zu

Aufgrund der Rekordeinnahmen bei Renault fordern die Beschäftigten bei Renault in der Türkei einen Lohnzuschlag von umgerechnet einen Euro mehr pro Stunde. Deshalb hatten sie mehrere Aktionen geplant und durchgeführt. Wegen diesen Aktionen sind in jüngster Vergangenheit 94 Autos weniger produziert worden. Dies hat die Führungsriege von Renault dann zum Anlass genommen, um zehn Mitarbeiter zu entlassen. Die Entlassung der zehn Kollegen brachte bei der Belegschaft das Fass erneut zum Überlaufen. So legten die Arbeiter der A-Schicht (Frühschicht) am 1. März ihre Arbeit nieder. Unterstützung kam dann von der B- und C-Schicht. Die Arbeiter versammelten sich vor dem Werksgelände und bekundeten ihre Solidarität mit den Kollegen von der Frühschicht und den zehn Entlassenen. Bei diesem Arbeitskampf geht es aber um weit mehr als um den Lohnzuschlag und die Entlassenen. Die Beschäftigten sind mit einem viel größeren Problem konfrontiert; nämlich der Arbeitsverdichtung. Das Hochschrauben der Produktion und das Verringern der Beschäftigtenzahl gehen zu Lasten der Gesundheit der übrigen Beschäftigten. Die Arbeiter berichten, dass mehr als 150 Kollegen an Bandscheibenvorfällen sowie anderen Gelenkbeschwerden leiden und trotzdem im hohen Arbeitstempo



weiterarbeiten müssen. Als bald rückte die Polizei an und erteilte den Arbeitern einen Platzverweis. Diese zeigten sich jedoch unbeeindruckt, und aus Protest legten sie sich auf die Straße und blockierten damit den Verkehr. Daraufhin setzten die Einsatzkräfte Tränengas und Schlagstock ein und zerrten einige Arbeiter von der Straße. Daraufhin wurden 15 Beschäftigte in Gewahrsam genommen. Ihnen droht der Prozess und Gefängnisstrafe. Einige sind verletzt ins Krankenhaus eingeliefert worden. Während die Polizei außerhalb des Werksgeländes vergeblich mit Gewalt versuchte den Willen der Arbeiter zu brechen, versuchte es das Renault-Management innerhalb der eigenen Werkstore. So ordneten sie die Schließung der Kantine an, damit die streikenden Arbeiter nicht versorgt werden konnten. Doch die Streikenden zeigten sich unbeeindruckt und antworteten mit Slogans, wie „Für uns gibt es den Tod, aber keine Rückkehr“ und „Überall ist Renault, überall ist Widerstand“. Ferner zieht der türkische Arbeitgeberverband der Metallindustrie (MESS) alle schmutzigen Register und bittet einige Minister der AKP-Regierung darum, sich einzuschalten. Kurz nach dem der Widerstand bei Renault bekannt wurde, haben sich Beschäftigten aus den umliegenden Werken und aus anderen Branchen mit dem Widerstand bei Renault solidarisiert. So legten auch die im Umfeld beschäftigten Arbeiter ihre Arbeit nieder und eilten den Kollegen zur Unterstützung. Weiter bekundeten die Metallarbeiter in der türkischen Kleinstadt Eskişehir ihre Solidarität während ihres Warnstreiks gegen Leiharbeit und die Streichung des gesetzlichen Rechts auf Abfindung.

Quelle: <http://www.didf.de>, 3.3.2016

Türkei: Gewerkschaften gegen Arbeitsvermittlersystem

Das türkische Parlament debattiert einen Gesetzentwurf der Regierung, in dem vorgeschlagen wird, privaten Arbeitsvermittlern das Recht zu geben, Arbeiter in einer Reihe von Sektoren einzustellen. Sollte der Gesetzentwurf in Kraft treten, würde dies eine enorme Veränderung auf dem Arbeitsmarkt mit sich bringen, von festen auf kurzfristige Verträge und damit die weit verbreitete Nutzung von prekären Arbeitsverhältnissen ermöglichen. Der Gesetzentwurf würde den Unternehmen gestatten, Leiharbeiter mit einem bestimmten Prozentsatz der Gesamtbelegschaft unter bestimmten Umständen zu verwenden. Die türkischen Gewerkschaften sind sehr besorgt, dass dies zu einem übermäßigen Einsatz von Leiharbeitnehmern durch „eine unvorhergesehene Erhöhung des Geschäftsvolumens des

Unternehmens“ führen wird, oder die Arbeitgeber jederzeit damit argumentieren könnten, dass es durch periodisch erhöhte Produktion notwendig sei, Leiharbeiter zu beschäftigen. Eine parlamentarische Kommission hat den Gesetzentwurf gebilligt, der ein Arbeitsmaklersystem unterstützt, und es ist davon auszugehen, dass dieser zur Behandlung bei der Großen Nationalversammlung (TBMM) vorgelegt wird. Wenn er in Kraft gesetzt wird, werden Millionen von Arbeitnehmern statt unbefristete befristete Agenturarbeitsverträge erhalten. Die türkischen Gewerkschaften, einschließlich der mit IndustriALL verbundenen Mitgliedsorganisationen, sind gegen den Entwurf und mobilisieren ihre Mitglieder durch verschiedene Kampagnen. Die weit verbreitete Nutzung von Leiharbeit untergräbt die internationalen Arbeitsnormen und begrenzt den Umfang von Tarifverträgen. Die Fähigkeit der Gewerkschaften, effektiv zu verhandeln, wird lahmgelegt.

Quelle: <http://www.industrialunion.org>, 8.3.2016

Neuseeland: Aussperrung durch Gericht aufgehoben

Die ausgesperrten Mitglieder der New Zealand Meat Gewerkschaft sind am 22. Februar wieder auf ihre Arbeitsplätze bei Talleys /AFFCO (Internationaler Exporteur von Lebensmitteln) Wairoa-Anlage zurückgekehrt. In einer Gerichtsentscheidung wurde das Unternehmen aufgefordert, die Fünf-Monats-Aussperrung der Gewerkschaftsmitglieder zu beenden. Die Gewerkschaft dankte den vielen tausend Unterstützern, die auf den Solidaritätsapell der IUL reagierten und Nachrichten an das Unternehmen gesendet haben. Das Gericht stellte fest, dass die befristeten Saisonarbeiter als Arbeitnehmer während der Nebensaison betrachtet werden müssen und fand das Unternehmen für schuldig, Ersatzarbeiter während einer Aussperrung beschäftigt zu haben. Die Gerichte haben auch die vorläufige Wiedereinstellung von zwei Gewerkschaftsführern zu der AFFCO-Rangioru-Anlage verfügt, die im vergangenen Jahr aus gefälschten Gründen entlassen wurden. In einem anderen Fall wurde die Talleys-eigene South Pacific Meats-Beteiligung zu einer Strafe von 144.000 NZD (130.000 Euro) für die Verweigerung des Zugangs der New Zealand Meat Gewerkschaft verurteilt. Das Bezirksgericht in Neuseeland hat entschieden, dass Talleys/AFFCO, das laufend gegen Rechte verstößt, seiner gesetzlichen Verpflichtung, für einen sicheren Arbeitsplatz zu sorgen, nicht nachgekommen ist, nachdem ein erfahrener Arbeiter in der Fabrik des Konzerns in Rangioru von einem Fleischhaken aufgespießt

und vom Band mitgeschleift wurde. Das Urteil wird nächsten Monat verkündet. Der Konzern machte den Arbeiter für den Unfall verantwortlich. Trotz der Auflagen des Gerichts hat Talleys/AFFCO seine Bemühungen zur Zerschlagung der Gewerkschaft verstärkt, indem es am 7. März erneut alle Gewerkschaftsmitglieder in der Fabrik in Rangioru im Rahmen einer sogenannten intra-saisonalen Entlassung nach Hause schickte. Die Entlassungen, die einen eklatanten Verstoß gegen die Rechtsvorschriften darstellen, ignorieren die Bestimmungen über die Betriebszugehörigkeitsdauer der ausgelaufenen Kollektivvereinbarung, die von den neuseeländischen Gerichten zweimal bestätigt worden sind. Unter den Entlassenen waren erneut die Gewerkschaftsführer Bertie Ratu und Charmaine Takai, die seit einer Woche wieder an ihrem Arbeitsplatz waren, nachdem ihre Wiedereinstellung angeordnet worden war.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 7.3.2016

USA: Mondelez rekrutiert Streikbrecher

Nach einem Bericht der von den US-Gewerkschaften unterstützten Northwest Labor Press hat Mondelez (internationaler Lebensmittelkonzern, nach Nestlé und PepsiCo der drittgrößte Nahrungsmittelhersteller der Welt) zur Vorbereitung auf die landesweiten Verhandlungen mit der IUL angeschlossenen BCTG (Gewerkschaft der Bäcker, Konditoren, Tabakarbeiter), die sich auf fünf Nabisco-Keksfabriken und drei Vertriebszentren erstrecken, Streikbrecher rekrutiert. Wochen bevor die Verhandlungen am 16. Februar offiziell anlaufen, begann ein Unternehmen namens Huffmaster Crisis Response, das Ersatzarbeitskräfte vermittelt und für Sicherheit sorgt und sich selbst als „führenden Anbieter von Streikbewältigungslösungen“ bezeichnet, Anzeigen für erfahrene Zeitarbeitskräfte „im Hinblick auf einen möglichen Arbeitskonflikt am oder um den 29. Februar 2016“ ins Netz zu stellen. Das ist der Tag, an dem die Gewerkschaftsvereinbarungen an den Nabisco-Standorten auslaufen. Die Anzeigen erwähnen Mondelez oder Nabisco nicht namentlich, bemühen sich aber um die Rekrutierung von Arbeitskräften in jeder der fünf Städte, in denen die Produktionsbetriebe angesiedelt sind. Dem Bericht zufolge sind laut Aussagen von Gewerkschaftsvertretern in der Nabisco-Bäckerei in Portland, Oregon, bereits Streikersetzerkräfte in die Bäckerei gebracht worden, um Gewerkschaftsmitglieder bei der Verrichtung ihrer Arbeit zu beobachten.

Quelle: <http://www.iuf.org>, 23.2.2016

Aufruf zum Ostermarsch in Kassel Schluss mit Krieg und Terror!

KASSEL. Wieder beteiligt sich Deutschland an einem Krieg, diesmal in Syrien: Ohne völkerrechtliche Legitimation durch ein UN-Mandat, ohne Ziel und Folgen zu bedenken. Die westlichen Militärinterventionen der vergangenen Jahre haben den Terrorismus nicht besiegt, sondern die Zahl der Terroristen und ihre geografische Basis erheblich vergrößert. Dass sich der „Islamische Staat“ (IS) gebildet hat, ist auch eine Folge des Krieges der USA im Irak. Zu seiner Ausdehnung nach Syrien ist es maßgeblich durch den Bürgerkrieg im Land gekommen. Angesichts der vielen Kriegsparteien in Syrien, die vorgeben, den IS zu bekämpfen, aber vorrangig eigene Interessen verfolgen, ist die Situation äußerst komplex. Die Türkei bekämpft vor allem die Kurden und ist so wie die USA, Saudi-Arabien und Katar seit Beginn des Bürgerkrieges daran interessiert, einen Regimewechsel zu erzwingen. Nur durch die aktive Einmischung von außen, mit finanziellen Mitteln, Waffen und Kämpfern konnte der Krieg mit hunderten tausenden Opfern derart eskalieren. Die zunehmende Zahl von Kriegsteilnehmern in Syrien führt auch durch Luftangriffe zu steigenden Opferzahlen. Immer mehr Menschen werden zur Flucht gezwungen. Weltweit gibt es in nie dagewesener Zahl 60 Millionen Menschen, die fliehen müssen. Eine Ursache dafür sind die Waffenexporte – auch aus Deutschland, auch aus Kassel.

<http://www.friedensratschlag.de>

EU-Türkei-Gipfel: Vorschläge verstossen gegen Flüchtlingsrechte

BERLIN. Die fortgesetzte Fixierung der EU-Staats- und Regierungschefs auf eine Rücküberführung von Flüchtlingen in die Türkei zeugt von einer erschreckend kurzsichtigen und unmenschlichen Herangehensweise. Dies kritisiert Amnesty International nach den Gesprächen der EU mit der Türkei. Die EU sollte sich stattdessen vielmehr um die Schaffung bedingungsloser sicherer und legaler Wege nach Europa bemühen.

- Die Türkei ist kein sicheres Drittland
- Rechte werden bei Massenrückführungen nicht gewährleistet
- Schließung der Westbalkan-Route geplant

Der türkische Ministerpräsident Ahmet Davutoglu, EU-Ratspräsident Donald Tusk und EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker haben das Gerüst für eine geplante endgültige Vereinbarung zwischen der EU und der Türkei im Vorfeld des EU-Gipfels am 17. und 18. März 2016 bekannt gegeben. Der Vorschlag, für jeden aus Griechenland in die Türkei zurückgeführten syrischen Flüchtling einen syrischen

Flüchtling in der EU aufzunehmen, ist moralisch und rechtlich mehr als fragwürdig. Beunruhigend ist, dass jeder Platz eines syrischen Flüchtlings im EU-Aufnahmekontingent für einen anderen syrischen Flüchtling stünde, der sein Leben riskiert, um auf dem tödlichen Seeweg nach Griechenland zu gelangen. Auf die Frage nach der Vereinbarkeit dieses Vorschlags mit dem Völkerrecht hieß es seitens der EU-Staats- und Regierungschefs, diese sei nach EU-Recht gewährleistet, sobald die Türkei zum „sicheren Drittland“ erklärt worden sei. Amnesty International wehrt sich grundsätzlich gegen das Konzept eines „sicheren Drittlandes“, da dieses das individuelle Recht der vollständigen und fairen Prüfung von Ansprüchen untergräbt und dazu führen kann, dass Personen anschließend in ihr Herkunftsland abgeschoben werden – ein Verstoß gegen das Non-Refoulement-Prinzip. **www.amnesty.de**

Weltfrauentag: Besonderer Schutz für Frauen und Mädchen auf der Flucht gefordert

BERLIN. Anlässlich des Weltfrauentages am 8. März 2016 fordert VENRO, flüchtende Frauen und Mädchen besonders zu schützen und legale Zugangswege nach Europa einzurichten. „Millionen von Frauen und Mädchen sind weltweit auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg und Zerstörung, aber auch vor Genitalverstümmelung, Zwangsverheiratung und Vergewaltigungen“, sagt Dr. Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO. „Die Weltgemeinschaft muss flüchtende Frauen und Mädchen besonders schützen. Dies ist keine Kür, sondern eine Pflicht, denn geschlechtsspezifische Verfolgung ist nach der Genfer Flüchtlingskonvention als Fluchtgrund anerkannt.“ Mehr als ein Viertel der weltweit rund 60 Millionen Flüchtenden sind Frauen und Mädchen im Alter von 15 bis 49 Jahren. Die Flucht ist für sie aufgrund ihrer gesellschaftlichen Rolle von besonderen Belastungen und Gefahren geprägt. Auf der sogenannten Balkanroute sind aktuell bis zu achtzig Prozent der Flüchtenden Frauen und Kinder. Es wird davon ausgegangen, dass dies auch eine Reaktion auf die von der Bundesregierung beschlossene Aussetzung des Familiennachzuges ist. „Viel zu oft sind Frauen und Mädchen auch während ihrer Flucht Ausbeutung und sexualisierter Gewalt ausgesetzt“, so Dr. Bornhorst. „Es muss sichergestellt werden, dass es für sie separate Schlafplätze und Sanitäranlagen in Aufnahmeeinrichtungen gibt – auch in Deutschland.“ Ebenso sei ein Ausbau von Unterkünften speziell für alleinfliehende Frauen und Mädchen notwendig. „Es muss endlich legale und sichere Zugangswege nach Europa geben“, so Dr. Bornhorst. „Die Flucht für notleidende Frauen und Mädchen nach

Europa wäre dann nicht mehr lebensgefährlich.“ **venro.org/presse/**

UNICEF zum EU-Gipfel zu Flüchtlingen

KÖLN. Anlässlich des EU-Türkei-Gipfels erinnert UNICEF die zuständigen Behörden in Europa, auf dem Balkan und in der Türkei daran, dass bei der Umsetzung der Beschlüsse das Grundprinzip gelten muss, menschliches Leid zu verhindern. Dies gilt insbesondere für die Versorgung und den Schutz von Flüchtlings- und Migrantenkindern. Während die Details der genauen Umsetzung der Beschlüsse noch unklar sind, erinnert UNICEF die Staaten an die folgenden Verpflichtungen:

Das Kinderrecht auf internationalen Schutz muss garantiert werden. Kinder dürfen nicht in ihr Heimatland zurückgeführt werden, wenn ihnen dort Inhaftierung, Zwangsarbeit, Menschenhandel, Ausbeutung, oder vergleichbare Risiken drohen. Es muss sichere und legale Kanäle für Kinder geben, um Kriegssituationen zu entfliehen – zum Beispiel durch Familienzusammenführung und andere entsprechende Maßnahmen. Dies verhindert, dass (insbesondere unbegleitete) Kinder auf kriminelle Schlepper angewiesen sind. Die aktuelle angespannte Situation für Kinder an der Grenze zwischen Griechenland und Mazedonien ist unakzeptabel, insbesondere in Idomeni. Die betroffenen Kinder haben bereits so viel Furchtbares erlebt – Krieg, Zerstörung, eine lebensgefährliche Überfahrt. Es ist ein weiterer Schlag für die Psyche dieser Kinder, dass sie nun ungeschützt unter freiem Himmel schlafen müssen, ohne Zugang zu grundlegender Infrastruktur, ohne Klarheit wie es weiter geht. Gestrandete Kinder sind Schleppern und Menschenhändlern hilflos ausgeliefert. Ihre Rechte müssen daher bevorzugt gewährleistet werden.

www.unicef.de/presse

Wer schweigt, stimmt zu

Mit 130 rechten Gewalttaten im Jahr 2015 registriert die LOBBI, der Beratungsverein für Betroffene rechter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern, so viele Angriffe wie noch nie in der 15-jährigen Vereinsgeschichte. Mehr als jede zweite Tat ist rassistisch motiviert, auch Flüchtlingshelfer_innen werden immer wieder Ziel rechter Attacken. Eine zusätzliche Dokumentation rechter Aktivitäten und Anschläge um und auf Geflüchtetenunterkünften soll zukünftig das Klima der Angst sichtbarer machen. Wie bereits nach Ende des dritten Quartals 2015 absehbar, war das vergangene Jahr von einer alarmierenden Zunahme rechter Gewalt im Land geprägt. Insgesamt 220 Menschen waren von den Angriffen betroffen. Allein gegenüber 2014 (84) ist ein Anstieg um mehr als die Hälfte zu verzeichnen. **www.lobbi.de**

„Belieferung für belgische und französische Pannen-AKW stoppen – Urananreicherung und Brennelementefertigung beenden“

BERLIN, BONN, GRONAU – In einem gemeinsamen Offenen Brief fordern Umweltverbände und Anti-Atomkraft-Initiativen die Bundesregierung sowie die Länder Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen auf, die Lieferungen von angereichertem Uran aus der Urananreicherungsanlage Gronau sowie von Brennelementen aus Lingen an die belgischen und französischen Pannenreaktoren in Tihange, Doel, Fessenheim und Cattenom einzustellen. Desweiteren appellieren Sie an die drei Regierungen, keine neuen Export- und Transportgenehmigungen für angereichertes Uran und Brennelemente mehr zu erteilen und sowohl die Urananreicherungsanlage in Gronau wie auch die Brennelementefertigung in Lingen umgehend stillzulegen. In dem Offenen Brief kritisieren die Verbände und die Anti-Atomkraft-Initiativen, dass Bund und Länder zwar den Betrieb der heftig umstrittenen Atomreaktoren in Belgien und Frankreich zu Recht kritisieren, gleichzeitig aber nichts dagegen unternehmen, dass diese Atomkraftwerke von Deutschland aus mit Uranbrennstoff versorgt werden. Durch die Lieferungen von angereichertem Uran und Brennelementen sind die Bundesregierung und die beiden Landesregierungen tief in den Betrieb der Atomkraftwerke in den Nachbarländern verstrickt und damit auch mitverantwortlich für eventuelle Störfälle dort. www.ippnw.de/index.php?s,1/

Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene

ERFURT. Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz am heutigen Mittwoch (9.3.2016), stellten die Landtagsfraktionen von Die Linke, SPD und Bündnis90/Die Grünen gemeinsam mit Mehr Demokratie e.V. das Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene vor. Das Gesetz wurde am Anfang der Woche in den Landtag eingebracht und geht am kommenden Donnerstag (17.3.2016) im Rahmen der Plenarsitzung in die erste Lesung. Am 3. April 2009 hat der Thüringer Landtag das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ angenommen und damit die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Freistaat gesenkt, die Ausschlussgründe minimiert und die direkte Demokratie auf Ebene der Landkreise eingeführt. Zugleich wurde der Bürgerantrag zum Einwohnerantrag umgestaltet. Zuvor hatte der Landtag einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion in gleicher Sache beschlossen; die dadurch erfolgte Änderung der Kommunalordnung wurde mit dem Beschluss über das Volksbegehrensgesetz zum



Teil wieder rückgängig gemacht. Das Regelwerk in seiner Gänze wurde aber nicht überarbeitet. Dies war und ist allein wegen des Umfanges durch ein Volksbegehren auch kaum möglich. Deshalb ist der parlamentarische Gesetzgeber gehalten, das gesamte Regelwerk den Änderungen aus dem Volksbegehren anzupassen. Dies hatte bereits die Vorgängerregierung anerkannt, aber nicht umgesetzt. Mit diesen Regeln sollen nicht nur die Einflussmöglichkeiten der Bevölkerung im Freistaat gestärkt werden. Mit der Abschaffung der Amtseinführung, der Einführung des Ratsreferendums und der Alternativvorlage werden auch die Handlungsoptionen der Gemeinde-, Stadträte und Kreistage erweitert. Dies motiviert zu mehr Dialog zwischen Bürgerschaft, Gemeindevertretung und -verwaltung.

<https://www.mehr-demokratie.de>

Rüstungsexporte legen deutlich zu

FREIBURG. Die Rüstungsexporte sind 2015 massiv angestiegen. Selbst an als problematisch geltende Länder wurden immer mehr Waffen geliefert. Sigmar

Gabriel muss diesen sprunghaften Anstieg der Rüstungsexporte verantworten. Die schwarz-rote Regierung erteilte im vergangenen Jahr Einzelgenehmigungen für Waffengeschäfte im Wert von 7,56 Milliarden Euro – nach 3,97 Milliarden Euro im Jahr 2014. Die Gesamtsumme für 2015 dürfte noch deutlich höher liegen, weil Gabriel am Freitag keine Zahlen für Sammelausfuhren im Rahmen von Rüstungskooperationen mit EU- und Nato-Partnern vorlegen konnte. Das wird erst mit der Vorlage des vollständigen Rüstungsexportberichts der Fall sein.

Der SPD-Chef war zum Start der großen Koalition mit dem Versprechen angetreten, deutlich strenger als Union und FDP sein zu wollen. Im Jahr 2014 war es ihm das gelungen. Gabriel räumte am Freitag ein, seine Halbzeitbilanz nach zwei Jahren weise „Licht und Schatten“ auf. Er macht die CDU/CDU/FDP-Regierung mindestens Mitschuld an den horrenden Zahlen, da diese eine große Kampfpanzerlieferung an Katar eingefädelt hat. Dieses hätte er nicht widerrufen können, da sonst bei dem 1,66-Milliarden-Deal Schadenersatz für die Industrie fällig geworden. Die Union hielt nach Angaben aus Koalitionskreisen im Bundessicherheitsrat an der umstrittenen Katar-Genehmigung fest. Zusätzlich bekommt das Golf-Emirat deutsche Panzerhaubitzen. Nach den USA, Russland und China gilt Deutschland als viertgrößter Rüstungsexporteur der Welt. Als Aktion Aufschrei fordern wir von der Bundesregierung seit langem einen generellen Stopp von Rüstungslieferungen. Nach Saudi-Arabien wurden 2015 Waffenausfuhren für insgesamt rund 270 Millionen Euro genehmigt.

www.rib-ev.de

Armutsbericht 2016: Verbände kritisieren anhaltend hohe Armut und fordern von Bundesregierung sozial- und steuerpolitischen Kurswechsel

BERLIN. Ein Verharren der Armutsquote in Deutschland auf hohem Niveau beklagt der Paritätische Wohlfahrtsverband in seinem aktuellen Armutsbericht, der erstmals in erweiterter Form und unter Mitwirkung weiterer Verbände und Fachorganisationen erscheint. Während in neun Bundesländern die Armutsquoten 2014 gesunken seien, belegt der Bericht einen Anstieg der Armut in den bevölkerungsreichen Bundesländern Bayern und Nordrhein-Westfalen. Hauptrisikogruppen seien Alleinerziehende und Erwerbslose sowie Rentnerinnen und Rentner, deren Armutsquote rasant gestiegen sei und erstmals über dem Durchschnitt liege. Das gute Wirtschaftsjahr 2014 habe zu keinem nennenswerten Rückgang der Armutsquote in Deutschland geführt. Die Armut verharre mit 15,4 Prozent auf hohem Niveau, so der Bericht. Die Armutsquote sei zwar von 2013 auf 2014 um 0,1 Prozentpunkte gesunken. Ob der Negativtrend seit 2006, als die Armuts-

quote noch 14 Prozent betrug, damit gestoppt sei, sei jedoch offen. Während es insbesondere in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern signifikante Rückgänge der Armutsquoten gegeben habe, setze sich der Negativtrend in Nordrhein-Westfalen ungebrochen fort. Das Ruhrgebiet bleibe mit Blick auf Bevölkerungsdichte und Trend die armutspolitische Problemregion Nummer Eins in Deutschland. Seit 2006 sei die Armutsquote im Ruhrgebiet um 27 Prozent angestiegen auf einen neuen Höchststand von 20 Prozent. Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen sind nach dem Bericht Erwerbslose (58 %). Auch die Kinderarmutsquote (19 %) liegt nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt, wobei die Hälfte der armen Kinder in Haushalten Alleinerziehender lebt. Die Armutsquote Alleinerziehender liegt bei sogar 42 %, was u.a. an systematischen familien- und sozialpolitischen Unterlassungen liegt.

www.der-paritaetische.de

Aktionen ...
Initiativen

„Hamburg – Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar“

Wir hatten der letzten Ausgabe (S. 2) über die Auseinandersetzung um neue Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg berichtet. Inzwischen hat diese Auseinandersetzung eine neue Stufe erreicht. Die Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ hat sich gebildet und innerhalb von nur fünf Tagen 26000 Unterschriften, weit mehr als in diesem ersten Schritt erforderlich, unter vier Forderungen gesammelt: keine neuen Standorte mit mehr als 300 Flüchtlingen; möglichst Reduzierung der Verweildauer in der Zentralen Erstaufnahme auf zwei Monate (gesetzlich vorgeschrieben sind inzwischen sechs Monate – CS); Mindestabstand zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flüchtlingen von 1000 m Luftlinie (in Ausnahmefällen 500 m); Änderung des Verteilschlüssels zwischen den Bundesländern sowie Kooperationsvereinbarungen mit den Nachbarländern.

Die Bürgerschaft hat nun vier Monate Zeit, sich zu der Volksinitiative zu verhalten. Übernimmt sie die Forderungen nicht, können die Initiatoren die zweite Stufe, das Volksbegehren, einleiten und nach dessen erfolgreichen Abschluss und einer weiteren Vier-Monats-Frist schließlich die dritte Stufe, den Volksentscheid. Da sie die erste Stufe außerordentlich schnell genommen haben, können sie mit dem Volksentscheid noch die Bundestagswahlen im September 2017 erreichen. Man kann sich vorstellen, wie eine solche Mobilisierung zur Frage der Flüchtlingsunterbringung über Monate hinweg die Hansestadt politisch polarisiert.

Die Diakonie, der DGB, das Recht-auf-Stadt-Netzwerk und verschiedene

Initiativen haben sich in den letzten Wochen zu Wort gemeldet und sich sehr kritisch zur Volksinitiative und ihren Zielen geäußert. Selbst CDU und FDP gingen anders als zunächst etwas auf Distanz und forderten den Senat auf, den Initiatoren entgegenzukommen, um das weitere Verfahren abzuwenden.

Die Linksfraktion meldete unter der Überschrift „Hamburg – Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar“ zur Bürgerschaftssitzung am 2. März eine Aktuelle Stunde an.

Hier die Rede der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Fraktion Christiane Schneider:

„Unser Anliegen ist, dass Hamburg eine Stadt des Ankommens wird: Hamburg soll Schutzsuchenden Zuflucht und eine Perspektive bieten und Bedingungen ihrer Teilhabe schaffen. Grundvoraussetzung für alles Weitere ist eine menschenwürdige Unterkunft. Dazu ist Hamburg rechtlich verpflichtet, nicht zuletzt auch durch die Verpflichtung auf die Menschenrechte.“

In der letzten Woche hat sich nun eine Volksinitiative aufgemacht und in fünf Tagen die nötigen Unterschriften gesammelt, die sich „Hamburg für gute Integration“ nennt. Das hört sich gut an. Die Krux ist: Nimmt man ihre Forderungen unter die Lupe, tut sich ein unlösbarer Widerspruch auf zwischen der Verpflichtung, Schutzsuchende aufzunehmen, und den Bedingungen, die die Initiative als Voraussetzung einer „nachhaltigen Integration“ ansieht.

Allein die Forderung, zwischen allen Standorten mit mehr als 100 Flücht-

lingen einen Mindestabstand von 1000 Meter Luftlinie einzuhalten, würde bedeuten, dass etwa von den derzeit 9000 Plätzen im Bezirk Wandsbek fast zwei Drittel verschwinden müssen. In Altona blieben von derzeit 6870 Plätzen rund 1.600 übrig. Allein in diesen beiden Bezirken müssten für über 11000 Geflüchtete neue Unterkünfte geschaffen werden. Und legt man die Annahmen des Senats zugrunde, dann läuft die Forderung, dass ab sofort an keinem Standort mehr als 300 Geflüchtete untergebracht werden dürfen, darauf hinaus, dass 2016 mindestens 134 neue Standorte gefunden werden müssen.

Diese beiden Forderungen sind jenseits von Gut und Böse. Müssten sie umgesetzt werden, müsste Hamburg bald seine Tore für Schutzsuchende schließen. Sie laufen auf eine Obergrenze hinaus, also darauf, rechtliche Aufnahmeverpflichtungen ebenso auszuhebeln wie das Menschenrecht auf ein Dach über dem Kopf. Geflüchtete würden mangels Folgeunterkünften noch länger in Erstaufnahmeeinrichtungen festgesetzt. Zelte und Hallen würden Dauereinrichtungen. Zahlreiche Schutzsuchende würden der Obdachlosigkeit ausgeliefert. Die Volksinitiative stellt mit ihren Forderungen Grund- und Menschenrechte der Geflüchteten zur Abstimmung. Das geht überhaupt nicht!

Wir unterstellen nicht, dass die InitiatorInnen das alles bezwecken. Aber sie mobilisieren Stimmungen. Sie pokern. Sie pokern mit Grundrechten der Geflüchteten, die gerade als Geflüchtete auf die Achtung ihrer Grund- und Menschenrechte dringend angewiesen sind. Sie spielen mit dem Feuer. Und deshalb



Foto links: „Migration findet Stadt“, unter dieser Überschrift nahm das Recht-auf-Stadt-Netzwerk Stellung gegen die Volksinitiative. Die tagtägliche Solidarität äußert sich auch immer wieder in kleinen und größeren Aktionen. Hier demonstrieren Schüler der Stadtteilschule am Hafen gegen die Abschiebung einer Mitschülerin.



Foto rechts: Über 100 Rechtsanwältinnen demonstrierten in Robe am Tag der Verabschiedung gegen das Asylpaket 2

lehnen wir die Volksinitiative ab.

Wir wollen, dass die Stadt alles tut, um bestmögliche Bedingungen für ein solidarisches Zusammenleben zu schaffen. Das heißt auch für uns möglichst dezentrale Unterbringung. Gestern wurde ein Projekt der HafenCity Universität vorgestellt, das die Stadtgesellschaft zur Beteiligung auffordert, möglichst viele, gerade auch kleine Flächen für neue Standorte zu finden. Natürlich fragen wir: Wie ernst ist das gemeint, wie verbindlich der Prozess? Wenn es mehr sein soll als eine Hinhaltetaktik, dann müssen mindestens das bisherige und das weitere Verfahren der Flächenfindung transparent, nachvollziehbar, müssen Entscheidungen korrigierbar werden. Und: warum erst so spät? Warum tut sich der Senat so unendlich schwer, die vielen Initiativen, die es seit langem aus der Zivilgesellschaft gibt, ernsthaft zu prüfen oder gar aufzugreifen, zum Beispiel:

Leerstand konsequent zu nutzen: wir brauchen eine Taskforce, die ihn aufspürt. Das löst bei weitem nicht die Probleme, ist aber ein Baustein!

Büroleerstand in Wohnraum zu verwandeln – warum werden erst sieben Bürogebäude genutzt und sind 26 Standorte noch in der Phase Sondierung, Planung oder Umbau? Warum wird das stadteigene Springergebäude nicht genutzt, wie immer wieder gefordert?

Ich will jetzt nicht alle bekannten Forderungen und Vorschläge aufzählen. Aber eines will ich sagen: intransparentes Handeln und eine fortgesetzte Missachtung des Beteiligungswillens sorgen nicht nur für reichlich Unterschriften bei der Volksinitiative. Sie erleichtern auch rechtesten Kräften, die grundsätzlich etwas gegen Geflüchtete haben, ihr Geschäft. Zivilgesellschaftliches Engagement und der Wille, sich an guten Lösungen zu beteiligen, dürfen nicht immer wieder ins Leere laufen. Beides ist unverzichtbar, um die wachsenden Stadtteile so zu gestalten und auszustatten, dass ALLE etwas davon haben. Hier ist ein verbindlicher Beteiligungsprozess unverzichtbar. Betrachten Sie in diesem Sinne die derzeitige Volksinitiative als Chance zu einer dringend notwendigen Korrektur!“

Inzwischen hat der Senat seine ursprünglichen Planungen erneut revidiert und einen besonders umstrittenen zukünftigen Standort von zuletzt geplant 3000 auf nun 1.500 Plätze verkleinert. Infolge der Grenzschließungen in Österreich und auf dem Balkan ist die Zahl der in Hamburg eintreffenden Geflüchteten im Februar gegenüber Januar kräftig zurückgegangen. *Christiane Schneider*

Christiane Schneider, Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, Fraktion Die Linke, Innen-, flüchtlings- und verfassungspolitische Sprecherin. christiane.schneider@bk.hamburg.de. christiane.schneider@linksfraktion-hamburg.de. Lilienstr. 15. 20095 Hamburg. Tel. 040 428312055. Mobil 0160 94474677. Twitter: @ChristianeSchn2



Die Teilnehmerzahl der Protestkundgebung am 17. Februar 2016 vor dem Stuttgarter Landtag gegen die Berufsverbote lag höher als 2014. Annähernd die Hälfte der rund 80 Anwesenden waren Betroffene, zumeist mit Namensplakaten und der Aufschrift „als Verfassungsfeind abgestempelt“. Außer VVN- waren viele DGB-, GEW-, Verdi- und IG Metall- Fahnen zu sehen. Für die Initiativgruppe bzw. Betroffenen sprachen Christina und Klaus Lipps (beide Baden-Baden), Lothar Letsche (Tübingen), Werner Siebler (Freiburg), Martin Horning (Eppelheim), Michael Dandl für den erkrankten Michael Cszakóczy (Heidelberg) sowie Reinhard Gebhardt (Mannheim). Bernd Riexinger, Parteivorsitzender und Spitzenkandidat der Linken, hielt eine Solidaritätsansprache. Darüber hinaus gab es Grußbotschaften von GEW, Verdi und IG Metall. Der ehemalige SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi konnte aufgrund eines Krankenhausaufenthalts nicht kommen. Helmut Ciesla (Hirschberg, Bergstraße) umrahmte die Kundgebung mit Beiträgen auf der Trompete („Die Gedanken sind frei“). Presse und Fernsehen waren im Gegensatz zu 2014 nicht erschienen. Die beiden Grünen-Abgeordneten im „Runden Tisch“, der von Juni bis Dezember 2014 drei Mal getagt hatte, kamen zwar mehrmals aus dem Landtag heraus, ohne jedoch zur Kundgebung zu sprechen.

Kundgebung vor dem Stuttgarter Landtag gegen Berufsverbote

„Wir kämpfen weiter bis zur Rehabilitierung der Betroffenen!“

Nach Dezember 2014 haben die Initiativgruppe „40 Jahre Radikalenerlass“ und die VVN/BdA am 17. Februar 2016 erneut eine Kundgebung vor dem Landtag durchgeführt. Anlass war die letzte Sitzung vor der Wahl, vor allem die Weigerung der Regierungsfractionen von Grünen und SPD Mitte Januar, einen Antrag auf Rehabilitierung und Entschädigung der von Berufsverbot Betroffenen einzubringen, nachdem dies in einem „Runden Tisch“ Ende 2015 noch angekündigt worden war. Die Landesparlamente in Bremen und Niedersachsen haben 2011 und 2014 Beschlüsse zur politischen Aufarbeitung, Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen gefasst. In Baden-Württemberg hat dies an vorderster Front ausgerechnet der Grünen-Ministerpräsident Kretschmann verhindert: Allenfalls könne es zunächst eine wissenschaftliche Aufarbeitung und im Anschluss, nach Prüfung jedes Einzelfalls, eventuell Rehabilitierungen geben. SPD-Fraktionsvorsitzender Schmiedel hatte sich im Sommer 2015 zu der Ungeheuerlichkeit verstiegen,

man wolle vermeiden, dass durch einen Beschluss auch Nazis rehabilitiert würden. Offensichtlich wollen sich politische Kräfte die Berufsverbote weiter offenhalten. Der Heidelberger Realschullehrer Michael Cszakóczy, der 2007 erst nach drei Jahren und mehreren erfolgreichen Prozessen eingestellt wurde, wird bis heute, sogar verschärft, vom sich „Verfassungsschutz“ nennenden Inlandsgeheimdienst überwacht.

Auch aus der Region Heidelberg / Mannheim war eine Gruppe von 14 Protestierenden nach Stuttgart gereist. Unter ihnen acht Betroffene, die als Linke ihren Beruf Lehrerin, Lehrer, wissenschaftlicher Assistent und Physiotherapeutin aufgrund ihrer Gesinnung nicht ausüben durften. Von den bundesweit über 250 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern der Erklärung „40 Jahre Radikalenerlass“ (Januar 2012) leben 17 noch in der Rhein-Neckar-Region. Fünf von ihnen wurden in den siebziger Jahren aus Existenzgründen Metaller und später in den Betriebsrat gewählt, darunter auch Reinhard Gebhardt (Mannheim).

Er hatte zur Kundgebung seinen Rentenbescheid 2012 von nur 583 Euro brutto mitgebracht. (Der betreffende Heidelberger Metallbetrieb war nach 19 Jahren Betriebszugehörigkeit geschlossen worden.) Zumindest für diese Altersarmutsfälle fordert die Initiativegruppe eine materielle Entschädigung in Form einer Aufzahlung zur Rente, die in diesem Fall monatlich über 700 Euro (!) unter der sogenannten Standardrente liegt.

Nach der Unterstützung durch GEW und DGB haben 2015 auch Verdi und IG Metall Gewerkschaftstagbeschlüsse für die Aufhebung sämtlicher Berufsverbots-Erlasse, Rehabilitation und Entschädigung gefasst. IG Metall-Bezirksleiter Roman Zitzelsberger und der Heidelberger Bevollmächtigte Mirko Geiger haben diese Forderungen Ende Januar in einem Schreiben an Ministerpräsident Kretschmann nochmals bekräftigt und die Einhaltung des entsprechenden Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und der Bestimmungen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO verlangt. Martin Hornung (Heidelberg) hat auf der Kundgebung auch eine Grußbotschaft des Kollegen Zitzelsberger an die Versammlung verlesen.

Kretschmann hat der IG Metall am Tag der Kundgebung schriftlich mitteilen lassen: „Dass der Staat bei Zweifeln an der Verfassungstreue eines Bewerbers eine Überprüfung vornimmt und gegebenenfalls von einer Einstellung absieht bzw. eine disziplinarrechtliche Prüfung einleitet“, sei „nicht zu missbilligen“. Und: Es bedürfte „einer konkreten Auseinandersetzung mit den einzelnen Sachverhalten. Aus diesem Grund kann es keine pauschale Rehabilitation aller Betroffene geben. Ich bitte um Ihr Verständnis, dass die Landesregierung Ihrer Forderung nicht nachkommen wird, noch in dieser Legislaturperiode einen Beschluss, wie er von Ihnen gefordert wird, in den Landtag einzubringen.“

Die Betroffenen waren sich auf der Kundgebung einig: „Wir geben auf keinen Fall auf!“ Sie wollen auch unter dem neuen Landtag kämpfen, bis zum Erfolg. Auch der IG-Metall-Bezirksleiter hat sie in seiner Grußbotschaft bestärkt: „Der Radikalerlass hat Bürger und Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten. Es ist so, dass man Unrecht auch zweimal begehen kann. Indem man es zunächst einmal zulässt. Und es dann nicht aus der Welt schafft, obwohl es ein Leichtes wäre genau dies zu tun. Die IG Metall steht – wie die anderen DGB-Gewerkschaften auch – hinter Euch. Solange, bis wir gemeinsam Vollzug melden können. Euer Roman Zitzelsberger.“

*Martin Hornung,
Eppelheim/Heidelberg,
Berufsverbot 1975*

CDU und Grüne teilen sich das Fell des Bären und setzen auf soziale Kürzungen

Anfang März legte das Kölner schwarz-grüne Bündnis seine Programmatik für die Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl 2020 vor. Die Linke sieht in dieser Kooperationsvereinbarung grundsätzliche falsche Weichenstellungen und vermag daher in das Eigenlob von CDU und Grünen nicht einzustimmen.

Als Antwort auf das Defizit im Kölner Haushalt setzen CDU und Grüne auf „Einsparungen, Leistungsreduzierungen und mitunter auch [den] Verzicht auf Maßnahmen“. Sie kündigen in ihrer Kooperationsvereinbarung bereits an, die Beitragsfreiheit der Kita um sechs Monate zu reduzieren, also auf die zwölf Monate, die durch das Land NRW finanziert werden.

Auffällig ist in der Kooperationsvereinbarung auf die „Rückbesinnung auf die Grundgedanken des Subsidiaritätsprinzips“ und der christlichen Nächstenliebe. Begriffe die Schwarz-Grün schon 2003 in der damaligen Kooperationsvereinbarung stehen hatte, und die den Abbau von staatlichen und kommunalen Leistungen rechtfertigen soll.

CDU und Grüne setzen die falsche Politik der letzten Jahre fort. Sie wollen den Haushalt durch Kürzungen sanieren und treffen damit die Menschen, die auf die Unterstützung der Stadt angewiesen sind. Die Wirtschaft durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer zu

beteiligen, schließen sie von vornherein aus. Das ist kurzsichtige Politik.

Innerhalb der Verwaltung wollen CDU und Grüne Ämter und Arbeitsbereiche von einem Dezernat zum anderen verschieben. Unter sachlichen Gesichtspunkten sind diese Verschiebungen fragwürdig. Der Bereich Umwelt wird zukünftig im Finanzdezernat bearbeitet. Eine inhaltliche Nähe gibt es nicht. Der Verkehrsbereich bekommt zunächst ein eigenes Dezernat. Das wäre eine gute Entscheidung, ist aber nur ein taktisches Manöver: Der Verkehr soll – sachlich neben der Spur – dem Wirtschaftsdezernat zugeschlagen werden, sobald die Amtszeit der SPD-Dezernentin ausläuft und die CDU den Posten besetzen kann.

Die absurden Verschiebungen zwischen den Dezernaten sind nicht sachlich, sondern rein machtpolitisch begründet. CDU und Grüne haben jetzt Zugriff auf Schlüsselstellen in der Verwaltung und teilen sich das Fell des Bären, das sie der SPD abgejagt haben.

Schwarz-Grün wird jetzt auch bundesweit als Lösungsmodell behandelt. Deshalb sollte man nicht davon ausgehen, dass das Kölner Modell ein schnelle Ende nehmen wird. Die Linke muss Druck machen in Köln und in NRW 2017 wieder in den Landtag einziehen.

Jörg Detjen

Mannheim: Aktionstag XXXL Paradeplatz

(27.2.2016) Heute protestierten rund 800 Menschen gegen den Möbelkonzern XXXLutz, der in der Mannheimer Filiale von XXXL Mann Mobilia überraschend und ohne jede Ankündigung 99 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor die Tür gesetzt hat.

Unter Beobachtung zahlreicher Medienvertreter hielten sie eine Kundgebung auf mitgebrachten Stühlen auf dem Mannheimer Paradeplatz ab. Die einhellige Forderung an den österreichischen Möbelhändler lautete: Arbeitsplätze für die freigestellten XXXL-MitarbeiterInnen, und zwar sofort.

Zahlreiche Politikerinnen und Politiker aus dem Mannheimer Stadtrat, dem Landtag und dem Bundestag unterstützten diese Forderung. Leni Breymaier, Verdi-Landesleiterin: „Die Lösung dieses

Konfliktes ist nicht kompliziert. Wir fordern XXXL Mann-Mobilia und die XXXLutzgruppe auf, die Arbeitsplätze nach Mannheim zurückzubringen. Die Menschen brauchen sichere Arbeitsplätze und Einkommen für sich und ihre Familien.“

Weitere Sprecher auf dem Podium waren: Stephan Weis-Will, Verdi Gewerkschaftssekretär, Tom Becker, Betriebsratsvorsitzender bei XXXL Mann-Mobilia, Reinhold Götz, IG Metall, und Wolfgang Alles vom überbetrieblichen Solidaritätskomitee.

Zu der Kundgebung erschienen auch zahlreiche Betriebs- und Personalräte von anderen Betrieben wie Eichbaum, Alstom GE, Daimler-Benz, Bombardier, der Stadt Mannheim und vielen anderen.

Verdi Rhein-Neckar



Soziale Stadtteilentwicklung auf Sparflamme: HAMBURG. Senatorin Stapelfeldt hat heute zwei neue Fördergebiete für das „Rahmenprogramm Integrierte Stadtteilentwicklung“ (RISE) vorgestellt. Von 2016 bis 2023 sollen Eidelstedt-Mitte und Harburger Innenstadt/Eißendorf-Ost durch das Programm gefördert werden. Für die Maßnahmen stehen aktuell aus dem RISE-Programm insgesamt 2,3 Millionen Euro zur Verfügung. „Der im Januar 2016 von der BASFI veröffentlichte Bericht ‚Sozialmonitoring Integrierte Stadtteilentwicklung‘ zeigt, dass es in vielen Stadtteilen einen hohen Handlungsbedarf gibt“, erklärt dazu Heike Sudmann, stadtentwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft. „Zwei neue Stadtteile in die Förderung aufzunehmen ist gut, aber auf keinen Fall ausreichend.“ Nach welchen Kriterien nur diese beiden Gebiete aufgenommen wurden, erklärte Frau Stapelfeldt in der heutigen Pressekonferenz nicht. Un erwähnt ließ sie auch die enormen Kürzungen im RISE-Programm: Im Jahr 2010 gab es 30,9 Millionen Euro RISE-Mittel, 2016 und 2017 sind bisher nur noch 15 Millionen Euro jährlich vorgesehen. www.die-linke-hamburg.de

Frist zum Ausstieg aus den RWE-Aktien nicht verschlafen! BOCHUM. Die Stadt Bochum muss jetzt aktiv werden, wenn sie dieses Jahr das umstrittene und verlustreiche Aktienpaket des Atom- und Kohlekonzerns RWE verkaufen will. Darauf weist die Bochumer Linksfraktion hin. Bis zum 30. April muss die Stadt eine Schachtelbeteiligung kündigen, die sie zusammen mit anderen Kommunen gebildet hat, um Steuern zu sparen. Erst nach einer Kündigung kann die Stadt wieder selbst über die Aktien verfügen. „Diese Frist darf die Stadt nicht ungenutzt verstreichen lassen“, sagt Horst Hohlmeier, Ratsmitglied der Bochumer Linken. Zur Ratssitzung am 17. März hat die Linksfraktion deshalb einen Dringlichkeitsantrag eingebracht. „Der RWE-Konzern ist nicht nur ein Bremsklotz für die Energiewende, sondern er schädigt auch die Städte, die Anteile halten“, so Hohlmeier weiter. Der RWE-Aufsichtsrat hat am 3. März beschlossen, dass den Anteilseignern für das Jahr 2015 erstmals keine Dividende ausbezahlt werden soll. Dadurch entsteht im Bochumer Haushalt ein zusätzliches Loch von vier Millionen Euro. Außerdem ist der Wert der gut 6,5 Millionen Bochumer RWE-Aktien seit dem Jahr 2008 um fast 90 Prozent gefallen, eine Erholung ist nicht zu erwarten.“ www.dielinke-bochum.de

Jetzt ist es Zeit für neue Schwerpunktsetzungen: KASSEL. „Der Stimmenzuwachs der Kasseler Linken hat uns riesig gefreut“, so Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer. „Wir sehen das als Auftrag, unsere Ziele noch stärker in die Stadtverordnetenversammlung und Stadtgesellschaft einzubringen.“ Konkret müssen die derzeitigen KVG Netzreformpläne gestoppt werden, die jetzt keine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung mehr haben, und es müssen Planungen für den Ausbau des Nahverkehrs begonnen werden. Anstatt einer Sanierung des Rathauses für 25 Millionen braucht es dringend Investitionen in die Schulgebäude und in die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum durch ein kommunales Wohnungsbauprogramm. Ein weiterer Schwerpunkt der Kasseler Linken ist der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, vor allem im Sozial- und Erziehungsbereich. „Für diese wichtigen Schwerpunkte will die Kasseler Linke um Mehrheiten werben“, wird Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer konkret.

kasseler-linke.de

LINKS wirkt: SteuerprüferInnen sorgen für 665 000 Euro Mehreinnahmen: BONN. Seit zwei Jahren erst nimmt die Stadt Bonn mit eigenen SteuerprüferInnen die Gewerbesteuerverfahren hier ansässiger Unternehmen unter die Lupe. Die Linksfraktion konnte damals durchsetzen, dass die Stadt der Besteuerung von Telekom und Co. endlich nicht länger nur unbeteiligt zuschaut. Mit einer großen Anfrage zur kommenden Sitzung des Finanzausschusses hat die Linksfraktion jetzt eine Bilanz des städtischen Steuerprüfdienstes aufstellen lassen. Sie fällt sehr positiv aus: Mit nur zwei städtischen PrüferInnen konnten 2015 Mehrerträge bei der Gewerbesteuer in Höhe von 665 000 Euro erzielt werden. Das sind selbst nach Abzug von Personalkosten und der Gewerbesteuerumlage an Bund und Land beachtliche Zusatzeinnahmen für den klammen Stadthaushalt. Das Ergebnis zeigt zugleich, dass es Alternativen zu einer Haushaltskonsolidierung durch bloßes Kaputtsparen an der sozialen Infrastruktur gibt.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Linke WIESBADEN für Rekommunalisierung der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK). Knapp vier Jahre nach dem Verkauf von 49 Prozent der Gesellschaftsanteile an den Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) setzt die Fraktion Linke&Piraten in Wiesbaden auf eine Rücknahme der von Anfang an umstrittenen Teilprivatisierung. „Der Magistrat möge ein Konzept zur Rekommunalisierung der HSK erarbeiten und den städtischen Gremien schnellstmöglich vorlegen. Dazu sind die Per-

sonalvertretungen miteinzubeziehen“, heißt es in einem Antrag der Fraktion für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3. März 2016. „Die umfangreiche Berichterstattung über die Missstände in den ehemals städtischen Kliniken zeigt, dass die (Teil-)Privatisierung der HSK ein gravierender Fehler war“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Hartmut Bohrer. „Leider seien die schlimmsten Befürchtungen der Privatisierungsgegner eingetreten und es werde von Tag zu Tag deutlicher, dass die hohen Renditeziele des Helios-Konzerns nur auf dem Rücken von Beschäftigten und PatientInnen zu erreichen seien.“ www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuelles-aus-den-kommunen

Linke BREMEN protestiert vor Sitzung der Sozialdeputation in Vegesack gegen Hartz-IV-Sanktionen. Am 10. März riefen Erwerbslosenverbände unter dem Motto „Ansprüche verteidigen – Sanktionen abschaffen!“ zu Aktionen gegen die auf Bundesebene geplante Hartz-IV-Novellierung auf. Die Linke Bremen beteiligt sich an diesem Protest gegen die Zumutungen der als Rechtsvereinfachung titulierten SGB-II-Reform, die im Kabinett bereits beschlossen wurde und nach Befassungen in Bundestag und Bundesrat im August in Kraft treten soll. Zu diesem Anlass werden sich Anti-Hartz-IV-Aktive am morgigen Donnerstag vor der Sitzung der Sozialdeputation versammeln, die um 15 Uhr in der „Werkstatt Bremen“ (Martinsheide 8) in Vegesack beginnt. Doris Achelwilm, Landessprecherin der Linken Bremen: „Die Rechtsvereinfachung im SGB II war nie der große Wurf, der die Repressionsmühle Hartz IV in etwas Menschenwürdiges hätte umkrempeln sollen.“ www.dielinke-bremen.de

Sozialwohnungen: Linke hat GroKo wachgeküsst. ESSEN. Die Ratsfraktion Die Linke begrüßt es, dass die große Koalition beim sozialen Wohnungsbau endlich wach geworden ist, nachdem sie das Thema im Planungsausschuss monatelang blockiert hat. Denn bereits im September letzten Jahres hat die Ratsfraktion Die Linke den Antrag gestellt, die Verwaltung mit einem Konzept zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus zu beauftragen. Erst nach drei Monaten Beratungszeit der großen Koalition wurde dieser Antrag im Planungsausschuss Anfang Dezember einstimmig verabschiedet. „Jetzt sind weitere drei Monate ins Land gegangen und die Planungsverwaltung hat dieses Konzept leider noch nicht vorgelegt“, so Wolfgang Freye, für Die Linke im Planungsausschuss. „Der aktuelle Vorschlag der großen Koalition, auf die Wohnungswirtschaft zuzugehen, geht in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Darüber hinaus wäre es dringend zu prüfen, inwieweit bei größeren Woh-

nungsbauvorhaben in Bebauungsplänen oder bei städtischen Grundstücken Quoten für einen bestimmten Anteil an Sozialwohnungen in städtebaulichen Verträgen festgeschrieben werden können. Genau das hat die GroKo noch im Dezember abgelehnt.“ Städte wie Köln, Düsseldorf oder Münster arbeiten schon länger mit solchen Quotenvorgaben, da die niedrigen Zinsen auf dem freifinanzierten Wohnungsmarkt den sozialen Wohnungsbau für manch einen Investor nicht attraktiv genug erscheinen lassen. Auch die Essener Verwaltung hat ähnliche Instrumente bereits eingesetzt.

www.linksfraktion-essen.de

Frauenprojekte für Geflüchtete brauchen Personal und Mittel: BERLIN. Die frauenpolitische Sprecherin Evrim Sommer erklärt: Berlin verfügt über eine belastbare Fraueninfrastruktur mit hochprofessionell arbeitenden Expertinnen. Obwohl nie bedarfsgerecht ausgestattet und nur untertariflich bezahlt, haben sie ihre Angebote kontinuierlich weiterentwickelt und immer mit Blick auf die realen Bedingungen vorangebracht. Qualitätssicherung und Standards für Verfahrensweisen bei der Konfliktbewältigung sind etabliert, die „Projektfrauen“ verfügen über langjährige Erfahrungen und Spezialwissen. Sie sind untereinander gut vernetzt und haben als freie Träger dauerhafte Kooperationen mit Behörden und Verwaltungszustände gebracht. Es gibt in der Stadt also reichlich Erfahrungen, arbeitsfähige Gremien und tragfähige Netzwerke, die sich ausbauen ließen, um frauenspezifische Angebote für Flüchtlinge anzubieten. Woran es fehlt, ist der politische Wille, die Situation von geflüchteten Frauen in den Fokus zu nehmen und die frauenpolitische Infrastruktur finanziell und personell so auszustatten, dass sie für geflüchtete Frauen zugänglich ist und auf ihre besonderen Bedürfnisse speziell zugeschnittenen Angebote entwickelt werden. Dabei sollte es am Geld nicht scheitern, denn im Haushalt des Landes Berlin, der im Dezember 2015 vom Abgeordnetenhaus beschlossen wurde, sind vorsorglich 12 Millionen Euro an Mehrausgaben für Integrationsmaßnahmen reserviert.

www.die-linke-berlin.de

Antrag: Anmeldung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vereinfachen, Arbeitsbelastung im Kreisverwaltungsreferat senken. MÜNCHEN. Die melderechtliche Anmeldung von Asylbewerbern und Flüchtlingen erfolgt künftig in der Regel durch ein mobil eingesetztes Mitarbeiter-Team des KVR vor Ort in den Unterkünften oder, falls rechtlich möglich, durch Meldung der Unterkunftsverwaltungen ans Kreisverwaltungsreferat. Hierzu werden bei der Erstbelegung von Unterkünften, sowie turnusmäßig in bestehenden Unterkünften, verbind-

liche Termine in den Einrichtungen angeboten. Begründung: Bisher müssen Asylbewerber und Flüchtlinge ihren Wohnort im Kreisverwaltungsreferat anmelden, wenn sie erstmals in einer Unterkunft untergebracht werden oder diese wechseln. Hierzu wird ihnen von der Behörde ein verbindlicher Termin schriftlich mitgeteilt. Sprachliche Schwierigkeiten, das Fehlen von Dolmetschern, fehlende Kenntnis von Verwaltungsvorgängen, geringe Ortskenntnis, sowie eine Reihe von anderen Hindernissen führen dazu, dass diese Termine häufig nicht eingehalten werden oder verschoben werden müssen. Dadurch erhöht sich der Verwaltungsaufwand für die Landeshauptstadt München erheblich. Dies führt, neben dem bekannten Personalmangel bei der Meldebehörde, zu langen Wartezeiten und überfüllten Warteräumen im Kreisverwaltungsreferat. Die Situation ist für alle Besucher und die ohnehin extrem belasteten Mitarbeiter inzwischen unerträglich. Würde der Anmeldevorgang vor Ort in den Unterkünften vorgenommen, so würde dies zu einer Entspannung im Kreisverwaltungsreferat führen. Ein verbindlicher Sammeltermin in einer Unterkunft unter Anwesenheit von Dolmetschern wäre zudem wesentlich effektiver. **Initiative:** Tobias Ruff (ÖDP), **Unterstützer:** Sonja Haider (ÖDP), Çetin Oraner (Die Linke), Brigitte Wolf (Die Linke)

EuGH-Urteil: Wohnsitz kann Flüchtlingen vorgeschrieben werden: BERLIN. Der Europäische Gerichtshof hat bestätigt, dass für subsidiär schutzberechtigte Flüchtlinge Wohnsitzauflagen möglich sind. Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistages Prof. Dr. Hans-Günter Henneke kommentiert: „Das Urteil bestätigt unsere Rechtsauffassung. Eine Wohnsitzauflage – aus kommunaler Sicht sogar weitergehend eine die Reisefreiheit beschränkende Residenzpflicht – ist Voraussetzung für die gelingende Integration von Flüchtlingen. Ohne eine Wohnsitzauflage sind kommunale Integrationsangebote nicht planbar, und es ist nicht gewährleistet, dass sie die Flüchtlinge auch tatsächlich erreichen.“ Die Entscheidung des EuGH eröffne insofern Möglichkeiten für eine entsprechende weitergehende gesetzliche Regelung einer Residenzpflicht in Deutschland. „Auch machen die Richter sehr deutlich, dass sich Flüchtlinge in einer anderen Ausgangslage befinden als andere Ausländer und noch stärker als diese auf schnell greifende Integrationsmaßnahmen angewiesen sind. Ich erwarte, dass die Bundesregierung jetzt zeitnah auch auf Grundlage der seit langem geäußerten kommunalen Forderungen den Entwurf für eine gesetzlich geregelte Residenzpflicht für Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte auf den Weg bringt.“

www.landkreistag.de

(Zusammenstellung: ulj)

Dokumentiert:

Tarifforderungen 2016

Steine- und Erdenindustrie Bayern

Die IG BAU hat den Lohn- und Gehaltstarifvertrag einschließlich der Ausbildungsvergütungen zum 31. Mai 2016 gekündigt. Die regionale Tarifkonferenz hat am 5. März 2016 in Wolnzach folgende Tarifforderungen beschlossen: • Erhöhung der Stundenlöhne um 1 €, • Erhöhung der Gehälter um 165 € monatlich, • Erhöhung der Ausbildungsvergütungen in jedem Ausbildungsjahr um 100 € je Monat, • Tarifvertrag zur Übernahme von Auszubildenden in der Baustoffindustrie in Bayern, • Der 24.12. und 31.12. sind für Gewerkschaftsmitglieder bezahlt arbeitsfrei ohne Anrechnung auf den Urlaub und unter Fortzahlung der Bezüge. Die Laufzeit der Tarifverträge soll 12 Monate betragen.

IGM Metall Küste: Rund 2000 Metaller demonstrieren für 5 Prozent mehr Geld

Rund 2000 Metaller aus allen fünf norddeutschen Bundesländern sind in Oldenburg für ihre Forderung nach fünf Prozent mehr Geld auf die Straße gegangen. Anlass war der Start der Tarifverhandlungen für die 140 000 Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie in Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordwestniedersachsen und Schleswig-Holstein, die am Mittag ohne Annäherung verhandelt worden sind. „Fünf Prozent mehr Geld ist eine Forderung der Vernunft“, sagte Meinhard Geiken, Bezirksleiter der IG Metall Küste. „Die wirtschaftliche Situation ist stabil. Auch in Norddeutschland geht es den meisten Unternehmen gut, teilweise legen sie gerade wieder Rekordergebnisse vor.“ Es sei deshalb unverantwortlich, wie Nordmetall die Lage und damit auch den Industriestandort schlecht rede.

Öffentlicher Dienst: 6 Prozent gefordert

Für rund 2,14 Millionen Tarifbeschäftigte von Bund und Kommunen geht es um die nächste Lohnerhöhung. Doch es steht noch mehr auf der Agenda. Der Startschuss für die Tarifverhandlungen fällt am 21. März. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für eine der größten Tarifrunden in Deutschland sind günstig. Aber es gibt eine Menge Probleme, die zu lösen sind: Die Tarifparteien wollen endlich eine neue Entgeltordnung (EGO) für die kommunalen Beschäftigten abschließen, zudem gibt es Streit um die betriebliche Altersversorgung und die Befristungspraxis im öffentlichen Dienst. Auch die Regelungen zur Altersteilzeit müssen neu verhandelt werden. Vor allem aber geht es um mehr Geld in der Tasche. Und: Die Gewerkschaften fordern, das Tarifergebnis auf die Besoldung der 360 000 Beamten, Soldaten und Richter des Bundes zu übertragen. Auch die rund 240 000 Beschäftigten des kommunalen

Sozial- und Erziehungsdienstes (SuE), die im vergangenen Jahr wochenlang für eine bessere Eingruppierung gestreikt haben, sind in dieser Tarifrunde wieder gefragt. 2015 ging es darum, die Tätigkeiten im Sozial- und Erziehungsdienst im Verhältnis zu anderen Tätigkeiten aufzuwerten. Jetzt steht die allgemeine Lohnerhöhung für alle kommunalen Beschäftigten auf der Tagesordnung. Auch für die SuE-Beschäftigten ist es wichtig, dass die nächste „reguläre“ Gehaltssteigerung folgt, damit die gerade erreichten Verbesserungen nicht verpuffen Gerade die jüngsten Entwicklungen rund um die Aufnahme von Flüchtlingen haben auch Politik und Öffentlichkeit gezeigt, wie wichtig ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst ist. Der DGB hat in diesem Zusammenhang deutlich mehr Personal gefordert. Wollen die Arbeitgeber qualifizierte und motivierte Beschäftigte gewinnen, müssen sie die Arbeitsbedingungen attraktiv gestalten. Dazu gehört auch eine Bezahlung, die mit den Gehältern in der „freien“ Wirtschaft Schritt hält.

Verdi: für Beschäftigte bei Banken 4,9 Prozent

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (Verdi) fordert für die rund 230 000 Beschäftigten bei den privaten und öffentlichen Banken. 4,9 Prozent mehr Gehalt bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Für Beschäftigte mit einer übertariflichen Bezahlung will Verdi eine entsprechende Dynamisierung der Gehälter durchsetzen. Für Auszubildende fordert die Gewerkschaft eine Erhöhung der Vergütungen um 80 Euro. www.dgb.de



Dokumentiert: Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB zur Niederlage der Durchsetzungsinitiative

Stimmberechtigte ziehen klare Grenzen für unmenschliche Politik

Mit dem klaren Nein zur Durchsetzungsinitiative haben die Stimmberechtigten der SVP die Grenzen für ihre unmenschliche Politik aufgezeigt. Die Mehrheit der Stimmenden nimmt es nicht hin, wenn die grösste Partei der Schweiz mit ihrer Politik immer stärker die Fundamente der Schweiz untergräbt, die Menschenrechte angreift und die Fremdenfeindlichkeit schürt. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB ist hoch erfreut, dass es gelungen ist, dieser menschenverachtenden Politik einen Riegel zu schieben, die ein Fünftel der Schweizer Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse degradiert hätte. Gelungen ist dies nur dank einer beispiellosen Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise, die sich insbesondere in dem vom SGB personell unterstützten „Dringenden Aufruf an die Schweizerinnen und Schweizer“ kristallisierte.

Die grosse Dynamik der Nein-Kampagne weckt die Zuversicht, dass weitere Angriffe der SVP auf die Menschenrechte und unsere gesellschaftlichen Errungenschaften auch in Zukunft abgewehrt werden können, etwa die SVP-Initiative mit der die Menschenrechte nationalen Paragrafen unterworfen werden sollen. Hier gilt es den Schwung dieser breiten Bewegung mitzunehmen. Das deutliche Nein schafft auch für die Diskussionen über die Zukunft der Bilateralen und die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative eine neue Ausgangslage. Es zeigt, dass in diesen für die Zukunft der Schweiz entscheidenden Fragen nicht die SVP diktieren kann. Das Abstimmungsergebnis eröffnet zudem ein neues Kapitel im Umgang mit Menschen, die hier aufgewachsen sind, aber keinen Schweizer Pass haben. www.sgb.de

DIHT vertritt: „Europa muss sich zusammenraufen!“ Presseerklärung des DIHT, Mo., 7.3.16 – Zähe Grenzkontrollen vereiteln letztlich Geschäftschancen. Anlässlich des Sondergipfels zur Flüchtlingskrise hat sich E. Schweitzer, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), eindringlich für eine gemeinsame europäische Linie ausgesprochen. Wichtiges Ziel sei die Sicherung der Außengrenzen, damit die Vorteile des europäischen Binnenmarkts und der Schengen-Regeln nicht der Vergangenheit angehörten, mahnte der DIHK-Präsident. „Der Verzicht auf Grenzkontrollen an den Binnengrenzen ist ein wichtiger Teil der Erfolgsgeschichte der deutschen Wirtschaft“, sagte er. Schweitzer machte deutlich, dass die Industrie ihre Produktionsketten überall in Europa aufgebaut und Absatzmärkte erschlossen habe. „Ausländische Geschäftspartner benötigen lediglich ein Schengen-Visum, damit ihnen ein Markt mit mehreren hundert Million Einwohnern offensteht.“

Handelskammern und Bundesminis-

ter für Wirtschaft gründen Netzwerk „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“. Pressemitteilung DIHK, Mi., 9.3.16. Ziel ist es, das Engagement der Betriebe insbesondere für Praktikum, Ausbildung und Beschäftigung von Flüchtlingen praxisnah zu unterstützen. „Die Integration von Flüchtlingen ist eine Herausforderung, für die es weder Blaupausen noch Patentrezepte gibt. Der deutschen Wirtschaft kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Mit dem neuen Unternehmensnetzwerk haben die Unternehmen eine Plattform, auf der sie voneinander lernen können und zu den alltäglichen Fragen wichtige Unterstützung erhalten“, so S. Gabriel. Infos unter der Adresse www.unternehmen-integrieren-fluechtlinge.de.

Hessischer Unternehmerverband: Ausländer ohne Aussicht auf Arbeit konsequent abschieben. Standpunkte VhU, Februar 2016. – Volker Fasbender, Hauptgeschäftsführer der Vereinigung hessischer Arbeitgeberverbände sagt: „Der Arbeitsmarkt präsentiert sich weiterhin in ausgezeichneter Verfassung. Auch die Zahl

der in Hessen sozialversichert beschäftigten Rumänen und Bulgaren hat sich durch die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit seit 2014 erfreulicherweise von rund 13 000 auf über 25 000 erhöht. Dies zeigt, dass die hessischen Unternehmen für qualifizierte Zuwanderer Arbeit haben. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Arbeitslosen in diesen beiden Bevölkerungsgruppen von 2 000 auf über 4 000 verdoppelt, die überwiegend Arbeitslosengeld II beziehen. Wir müssen sicherstellen, dass die europäische Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht direkt in die Sozialleistungen führt. Besteht nach sechs Monaten keine Aussicht auf Arbeit, kann die Ausländerbehörde dem EU-Ausländer auch die Freizügigkeitsberechtigung und damit das Aufenthaltsrecht entziehen. Die kommunalen Ausländerbehörden müssen deshalb auch ihre Hausaufgaben machen und arbeitslose EU-Ausländer ohne Aussicht auf Arbeit abschieben, damit erst gar kein Anspruch auf Sozialhilfe entstehen kann.“

Zusammenstellung: Rosi Steffens

Wirtschafts-
presse

Grünzug Nordost – Demokratisches Grün

Der Mannheimer Gemeinderat hat am Dienstag, 1. März, einen wesentlichen Schritt Richtung Grünzug Nordost beschlossen: Er hat gegen die Stimmen der FDP und dreier ML-Vertreter grünes Licht gegeben für die Beauftragung des Landschaftsplanungsbüros RMP Stephan Lenzen mit einer vertiefenden Planung für den Grünzug Nordost. Lenzen hatte im europaweiten Wettbewerb „Grünzug Nordost und Bundesgartenschau 2023“ den 1. Preis für den landschafts- und freiraumplanerischen Teil gewonnen.

In der im Rahmen der Verhandlungen nochmals modifizierten Vorlage V054/2016 heißt es:

„Die grundlegenden Planungen sind vom Büro „RMP Stephan Lenzen“ so zu erarbeiten, dass die Straße „Am Aubuckel“ verbleiben kann. Bei der Ausarbeitung sind folgende Punkte zu beachten, die im Rahmen des Informationsgesprächs am 16.01.2016 gemeinsam vom Gemeinderat und der Verwaltungsspitze erarbeitet worden sind:

a. Biotope: Die Erkenntnisse aus der Biotopkartierung im Bereich des „Grünzug Nordost“ und der Spinelli Barracks werden bei den weiteren Planungen berücksichtigt und einbezogen.

b. Frischluft: Die Frischluftzufuhr für die Innenstadt muss in ausreichendem Maße gewährleistet sein. Der „Grünzug Nordost“ ist entsprechend so herzustellen, dass auch in dem Bereich „Wingertsbuckel – Käfertal Süd“ die vom Klimagutachter empfohlenen 10 000m³ Luft pro Sekunde erreicht werden und absehbar nach der vorhandenen Engstelle schnell ein Freiraum von 500 m und mehr erreicht wird. Die günstigen Belüftungseffekte der Feudenheimer Au bleiben im Rahmen der weiteren Planungen erhalten. Die Au behält ihre Funktion als Kalt- und Frischluftreservoir weiterhin bei.

c. Gewässer: Das Gewässer wird entsprechend der Vorgaben des Landschaftsschutzgebietes als naturnahes Gewässer angelegt.

d. Kleingartenanlage: Für die Weiterentwicklung im Bereich nördlich der Feudenheimer Straße werden Planungsvarianten erarbeitet. Diese werden dem Gemeinderat vorgestellt und zur Abstimmung vorgelegt.

e. Kostentransparenz: In einer

Bilanz werden die Kosten sowohl für die notwendigen Maßnahmen zur Umsetzung des „Grünzug Nordost“ als auch der Bundesgartenschau aufgeführt und differenziert gegenübergestellt.

Der Gemeinderat wird bereits in der Bearbeitungsstufe 1 (Grundlagenermittlung + Vorplanung) in den Prozess eingebunden. Nach Abschluss des Verfahrens wird dem Gemeinderat das Arbeitsergebnis zur Entscheidung vorgelegt.“

Mit diesem Beschluss ist die Fortsetzung des „iterativen Planungsprozesses“ sichergestellt. Die Bürgerschaft wird weiterhin an dem Verfahren beteiligt und der Gemeinderat muss wesentliche Planungsbestandteile wie die Behandlung der Kleingarteneigenen und die Planung dann in Gesamtheit entscheiden. Der Gemeinderatsbeschluss vom 1. März war u.a. in einer Klausur des Gremiums vorbereitet worden, an der auch der Planer teilnahm. Dabei wurde nochmals klargestellt, dass ein Planer Auftragnehmer ist und sich den Wünschen des Auftraggebers anzupassen hat – für den Planer ein üblicher Vorgang. Also wird er nun entgegen der ursprünglichen Ausschreibung das Verbleiben der Straße am Aubuckel in seine Arbeiten einbeziehen müssen.

Was bedeutet der Gemeinderatsbeschluss für die BUGA?

Der Auftrag des Planers bestand darin, eine dauerhafte Planung für den Grünzug zu erstellen, die über Jahrzehnte Bestand haben soll. Eine vorübergehende BUGA im Jahr 2023 soll in die Planungen integrierbar sein. Die Firma, die die Bundesgartenschau Mannheim planen und durchführen soll, die „Bundesgartenschau Mannheim 2023 gGmbH“ ist bereits gegründet und hat ihre im jetzigen Stadium noch sehr bescheidene Arbeit aufgenommen. Die rechtliche Grundlage dafür ist der BUGA-Bürgerentscheid vom 22.9.2013. Die bisher „weggedachte“ Straße am Aubuckel muss jetzt berücksichtigt werden. Von Seiten der Deutschen Bundesgartenschau-Gesellschaft liegt kein Einwand oder gar eine Kündigungsabsicht wegen des Verbleibs der Straße vor. Insofern hat es viel Lärm um die BUGA gegeben, aber der Plan, eine BUGA als Beschleunigungs- und Finanzierungshebel für Gestaltung des Abschnitts „Spinelli“ im Grünzug Nordost einzusetzen, hat sich nichts geändert.

Ist mit der Beauftragung der Büros Lenzen der Grünzug nun gesichert?

Das ist aus zweierlei Gründen nicht der Fall.

Erstens ist der politische Entscheidungsprozess – wie oben dargestellt – keineswegs abgeschlossen. Nach mühseligen und zermürbenden Diskussionen, in denen die Frage BUGA Ja oder Nein dominierte, hat der Gemeinderat jetzt wieder zu einer großen Mehrheit in Sachen Grünzug gefunden. Es gibt jedoch „Hotspots“ der politischen Kontroverse, die das Zeug haben, je nach Opportunität der teils sehr volatil abstimmenden politischen Kräfte im Gemeinderat die ganze Sache doch noch zum Scheitern zu bringen. Solche Punkte sind:

Der Verbleib bzw. teilweise Verbleib der U-Halle, die Randbebauung in Käfertal Süd mit Wohnungen und die Breite der durch beide Faktoren definierten Freifläche. Hier hat man sich jetzt auf 500 Meter festgelegt, nachdem die spätere Erkenntnis griff, dass der Status quo eine Engstelle von 409 Metern zwischen Gewerbegebiet Talstraße und dem Rott aufweist, die bisher auch



(MANNHEIMS GRÜNE ZUKUNFT _ Information Grünzug Nordost und BUGA 2023; Dezember 2015, Seite 9)

von keiner Partei durch entsprechende Anträge (Abriss der Gewerbebauten) in Frage gestellt wurde.

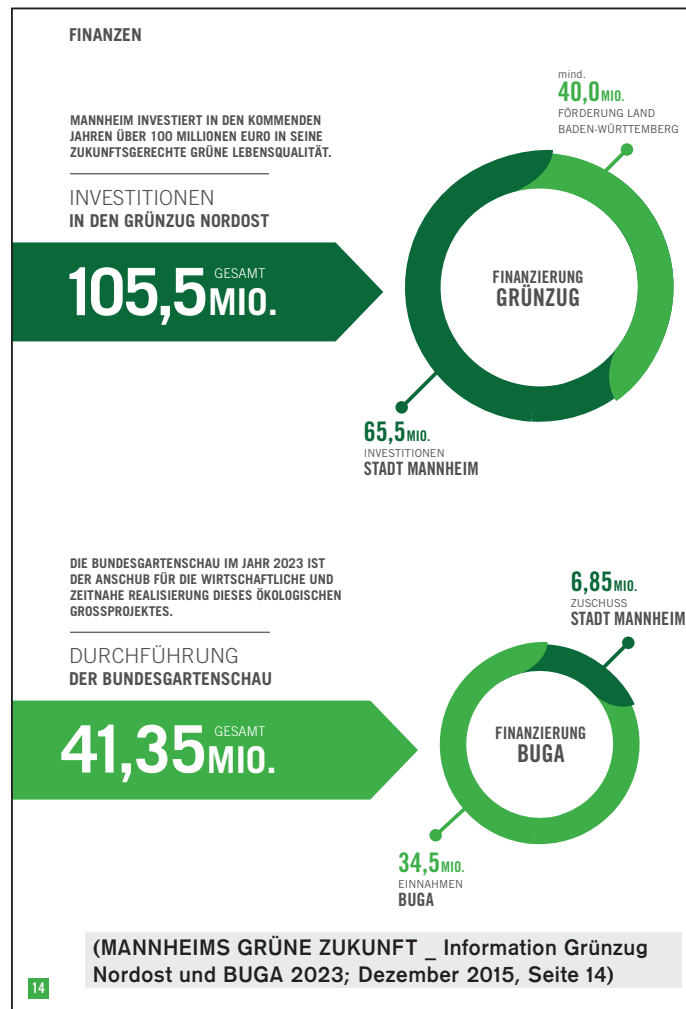
Das „Auengewässer“, welches längs des Höhengsprungs in der Au angelegt werden soll. Die Gestaltung des Höhengsprungs selbst (Einbau von Rampen oder Treppen) Eventuelle Umgestaltungen der Kleingartenanlagen, z.B. um die Zutrittspassage vom Pfeifferswörth kommend großzügiger zu gestalten. Nicht zu vergessen ist, dass 2019 ein neuer Gemeinderat gewählt wird, bei dem die Mehrheitsverhältnisse möglicherweise wieder ganz andere sind als gegenwärtig.

Zweitens gehört Spinelli zu 80% noch der BIMA und dient einschließlich der nach den Planungen abzureißenden Hallen als Flüchtlingsunterkunft. Ob der Bund das Spinelli-Gelände überhaupt in absehbarer Zeit verkaufen möchte, weiß niemand, da die Zukunft der Flüchtlingsbewegung nicht eingeschätzt werden kann. Wäre der Planungsprozess Grünzug Nordost jetzt nicht fortgesetzt worden, hätte man mit Sicherheit davon ausgehen müssen, dass sowohl Bund wie auch das für die Flüchtlingsunterbringung verantwortliche Land auf „Halten“ setzen würden. Nun ist die Sache wenigstens noch offen.

Wie ist das jetzt mit den Finanzen?

Ein Hauptargument der BUGA-Gegner war ja immer, der ganze „Bugaquatsch“ sei viel zu teuer, der Grünzug ließe sich auch billiger herstellen. Gerne wurden die Kosten des Grünzugs und der BUGA gleich zusammengezogen auf die Gesamtsumme von gut 145 Mio Euro „BUGA-Kosten“. Diese Vermischung ließ die Verwaltung allzu lange so im Raume stehen, weil sie Grünzug und BUGA im Junktum sieht. Im Januar forderte das Umweltforum, „eine Kostenschätzung für die Entwicklung des Grünzuges mit und ohne Bundesgartenschau unter Darlegung sämtlicher möglicher Fördermittel mit und ohne Bundesgartenschau zu erstellen.“ (Auf dem Weg zum Grünzug Nord-Ost, Januar 2016). Dieser Forderung ist die Verwaltung inzwischen und endlich nachgekommen (siehe Grafik)

Die Buga selbst soll einschließlich vorübergehender Investitionen (z.B. Zelte für Gastronomie, Hallen für Blumenschauen, spezielle Verkehrsinfrastruktur etc.) und einschließlich des Personalaufwandes etc. 41,35 Mio. Euro kosten. Die Stadt Mannheim als



Mehrheitsgesellschafterin der BUGA Mannheim 2023 gGmbH hat sich verpflichtet, 6,8 Mio. Euro dieser Kosten zu übernehmen. Das ist der Beitrag der Stadt zum Wirtschaftsplan der BUGA 2023 gGmbH, ausdrücklich ohne Nachschusspflicht für die gGmbH (§3 des Gesellschaftsvertrags, V098/2014). Der Rest muss durch Eintrittsgelder und Sponsoring erwirtschaftet werden. Es gibt keinen Ergebnisabführungs- (bzw. Verlustübernahme)vertrag zwischen Stadt und gGmbH. Die BUGA kostet also aus Sicht der Stadt 6,8 Mio. Euro.

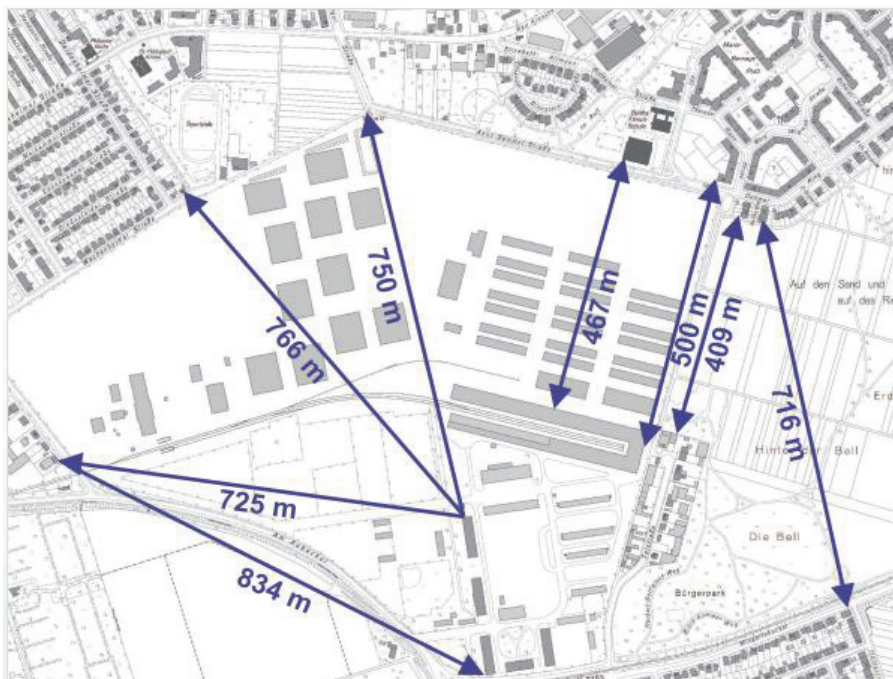
Für die auf Dauer angelegten städtebaulichen Maßnahmen ist ein gedeckeltes Budget von 105,5 Mio. Euro beschlossen. Mindestens 40 Mio. Euro erwartet die Stadt vom Land Baden-Württemberg als Zuschuss, in der gleichen Höhe, wie ihn das Land der Stadt Heilbronn für ihre Buga 2019 zugesagt hat. Das Land hat seine Bereitschaft hierzu auch erklärt. Die Hälfte des Zuschusses ist nach Aussage des OB direkt an die Durchführung einer Buga geknüpft. Die andere Hälfte ist an die Realisierung übergeordneter städtebaulicher Projekte gebunden, wie eben die Herstellung eines durchgehenden Grünzuges. Die Buga erbringt also der Stadt netto 13,2 Mio. Euro (20 Mio. minus 6,8 Mio. Eigenanteil an der Buga).

Zur Frage, ob der Grünzug nicht auch billiger herzustellen sei („Grünzug light“) stellte der OB im Gemeinderat fest: Natürlich könne man z.B. auf den Brückenschlag über die Studentenstraße zur Vogelstang verzichten oder auf die Durchwegung von Spinelli für Radfahrer. Das sei dann „light“ aber weniger qualitativ für die Bevölkerung.

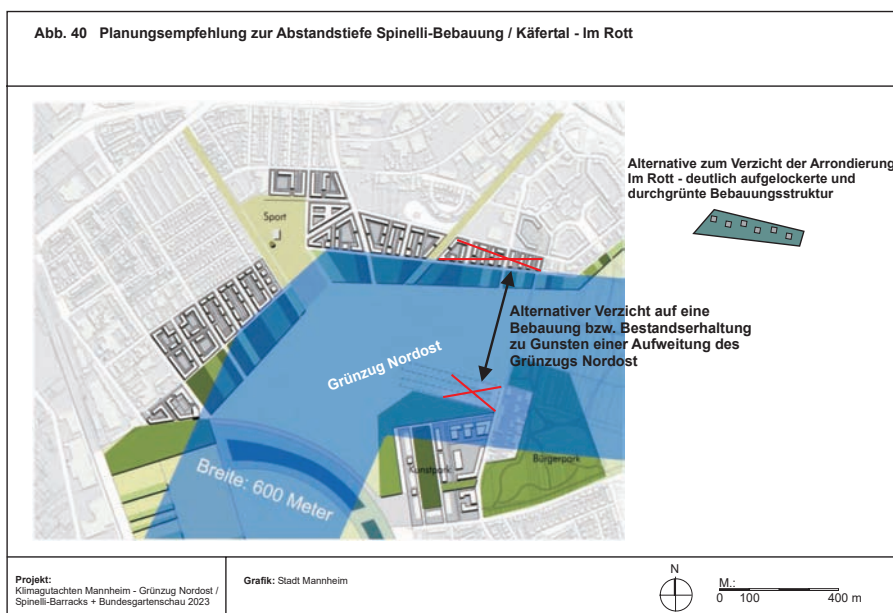
Das Umweltforum, das sich offenbar immer noch schwertut mit dem Planungsprozess Grünzug, brachte in seiner Stellungnahme das Grünzugskonzept der Stadt aus 1992 ins Spiel – als Alternative. Bei näherer Betrachtung ist das damalige Konzept ein Teil der Vorarbeiten zur jetzigen Beschlusslage. In der Tat beschäftigt sich dieses Konzept mit den Möglichkeiten eines Grünzugs Nordost in dem Sinne, dass es Konfliktfelder benennt und diverse Verbindungsachsen für Fuß- und Radverkehr definiert, darunter eine neue Neckarüberbrückung. Insgesamt werden 13 Überquerungen und Überbrückungen benannt zur

„gezielten Überwindung von Raum- und Verkehrsbarrieren, die bei weiterer Bearbeitung mit andern Fachdisziplinen zu lösen sind“ (Rahmenplan Grünzug Mannheim Nord-Ost, S. 42)

Diese Skizze aus 1992 enthält keine ausgearbeitete Raumplanung, wie sie jetzt in Auftrag gegeben wurde, und sie äußert sich in keiner Weise zu finanziellen Aufwänden. Fast muss man vermuten, eine Umsetzung des Konzepts wäre noch aufwändiger als die gegenwärtige Beschlusslage. Was das Konzept nur als Aussicht in weiter Ferne andeutet, ist die Freigabe von Spinelli durch die USA. Entsprechend finden sich auch kaum Gestaltungsvorschläge für Spinelli. Einschließlich des Abrisses von Bauwerken und der Bodenentsiegelungen dürften die 105 Mio. Euro für eine Umsetzung des Konzepts aus 1992 kaum ausreichen. Es ist also nicht ganz erfindlich, worin hier die große Alternative zur jetzigen Planung stecken soll. Im Literatur- und Quellenverzeichnis zum Rahmenplan aus 1992, den der Gemeinderat 1993 billigte, findet sich übrigens auch folgender Titel: „Stadt Mannheim. Einzugsbereich BUGA – Mögliche Grünachse zur Bundesgartenschau Mannheim – Ludwigshafen 2007.“ (Diese zum Stadtjubiläum geplante BUGA wurde 1998 abgeblasen).



Präsentation Die Eckpunkte der Planungsgruppe Freiland Spinelli (Feb. 2014)



Klimagutachten Mannheim – Grünzug Nordost / Spinelli-Barracks + Bundesgartenschau 2023; Abb. 40

Welche Interessen stoßen eigentlich in der ganzen Auseinandersetzung aufeinander

Man kann es drehen und wenden wie man will: Die Planungen der Stadt bezüglich eines „erlebten Grünzugs“ sind Planungen für ein „demokratisches Grün“, für jedermann betretbar und zur Naherholung und zu vielfältigen Bewegungsaktivitäten nutzbar. Es soll kein abgeriegeltes Naturschutzgebiet werden und auch keine verbaute Betonwüste.

Am klarsten hat sich die FDP gegen diese Form des Grünzugs ausgesprochen. Er sei in den Unterhaltskosten zu teuer. Konsequentermaßen verfolgt die FDP das Leitbild der billigen Stadt, die sich auf die Pflichtaufgaben beschränkt, und der man dann – wie in den Haushaltsberatungen versucht – durch großzügige Senkung der Gewerbe- und Grund-

steuer mal eben 12 Mio. Euro pro Jahr vorenthalten will. Was die ML möchte, weiß sie wohl selber nicht. Sie hat aber auch immer mit dem Hinweis auf die städtische Verschuldung letztlich gegen die BUGA-Ambitionen und einen erlebten Grünzug argumentiert.

Die Bürgerinitiative „Keine BUGA 2023 – Konversion statt BUGA“ argumentierte auch mit dem angeblich über Mannheim kreisenden Pleitegeier. Eigentlich müsste sie über den Nettogewinn aus Landesförderung minus kommunalem Finanzanteil an der BUGA zugunsten der Konversion von Spinelli frohlocken.

Das „demokratische Grün“, öffentlich zugänglich, klimaökologisch leistungsfähig, ist ein Projekt, welches von linker Seite unbedingt unterstützenswert ist.

Thomas Trüper

Momente verändernder emanzipatorischer Bewe

Liebe Genossinnen und Genossen,
respektive
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Mit diesem Anschreiben möchten wir euch bitten, euch an einer kleinen Untersuchung zur Erfassung und Dokumentation der sozialen und demokratischen Fortschritte in den europäischen Ländern zu beteiligen, die die emanzipatorischen, sozialen und Arbeiterbewegungen seit ihren Gründungstagen errungen haben.

Die Idee ist, eine Chronik des sozialen, demokratischen und auch wirtschaftlichen Fortschritts für die europäischen Länder zu erstellen.

Ausgangspunkt unserer Idee war die Überlegung, dass sich seit den Anfängen der sozialistischen und Arbeiterbewegung und dem Kampf für Emanzipation revolutionäre Umwälzung mit dem Ziel der Umwälzung aller bestehenden Verhältnisse und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft (bisher) durchweg gescheitert sind. Dennoch sind in allen Ländern demokratische Rechte und sozialer Fortschritt in der einen oder anderen Form erkämpft und etabliert worden, so auch die kapitalistischen Gesellschaften verändert haben.

Wichtig scheint uns, dass es dabei keine gleichförmige Entwicklung gegeben hat, sondern Auseinandersetzungen, Errungenschaften und konkret erkämpfte Rechte sehr unterschiedliche Verläufe nahmen und zu unterschiedlichen Resultaten führten. Sich der Entwicklungen und Fortschritte gerade im europäischen Maßstab zu vergewissern, scheint uns sehr lohnenswert, denn es hat sich erwiesen, dass

Zum Beispiel einige Daten aus der deutschen Geschichte:

1813, 17. Januar: In Preußen tritt ein Gesetz in Kraft, das die Gründung von **Krankenkassen für Arbeiter** genehmigt

1818. Das von Napoleon geschaffene Königreich Bayern gibt sich eine Verfassung, in der die völlig suspendierte kommunale Selbstverwaltung wieder zugestanden wird

1869 wurde im Norddeutschen Bund mit der Gewerbeordnung des Norddeutschen Bundes erstmals **Koalitionsfreiheit** gewährt, woraufhin die ersten legalen Gewerkschaften in Deutschland entstanden

1883/84 Gesetzliche Sozialversicherungen

1890 Weitere Gültigkeit der Sozialisten-

Praxis festhalten – unterschiedliche Traditionen Bewegungen zugänglich machen

eine völlige Umwälzung aller bestehenden Ordnung alle Beteiligten überfordern würde. Man kann das schlicht zusammenfassen: Ohne Herkunft keine Zukunft. Was statt einer einheitlichen Bewegung sichtbar wird sind eher variantenreiche „Schritte wirklicher Bewegung“ (Marx), in denen soziale Ansprüche Anerkennung finden, teils rechtlich durchgesetzt werden und die Gesellschaft(lichen Strukturen) verändern. Um diese Momente verändernder Praxis geht es uns.

Es haben sich unterschiedliche Traditionen der emanzipatorischen Bewegungen herausgebildet. Leicht kann dies an der Fraktion der Linken im Europäischen Parlament gesehen werden, in der sich sehr unterschiedliche Ansätze, Vorstellungen und Auffassungen bezüglich des Weges der Emanzipation treffen. Diese Vielfalt, die nicht immer leicht als positive Vielfalt begriffen werden kann, hat sicher auch mit den unterschiedlichen Verläufen und Erfolgen der emanzipatorischen Bewegungen und damit auch den unterschiedlichen Entwicklungsverläufen in den jeweiligen Gesellschaften zu tun. Vor diesem Hintergrund scheint es uns heute evident, dass sich die Solidarität der Linken auf keine gemeinsame bzw. eine Doktrin gründen kann. Eine Chronik der sozialen Fortschritte sollte demnach auch nicht versuchen, „das Gute“ (Erstrebenswerte) zu dokumentieren, sondern die Gegenstände, die auf einer Skala von „Gut – eher gut – irgendwie bedeutsam – eher schlecht – ganz schlecht“ sich auf der linken Seite befinden. Als Beispiel haben wir unten eine solche (unvollständige) Liste für die Bundesrepublik Deutschland

beigefügt.

Was wir uns von einer solchen Chronik oder einem Kalender der Wegmarken des sozialen und demokratischen Fortschritts und der Emanzipation erhoffen ist:

- dass sie das Verständnis für die Gewordenheit der jeweils anderen erhöht,
- dass sie mit diesem Verständnis auch Impulse für die verschiedenen linken emanzipativen Bewegungen bietet,
- die Aufmerksamkeit gegenüber anderen historischen Erfahrungen und Gegebenheiten erhöht,
- dass sie Bezugspunkte für die demokratische Entwicklung in Europa bietet,
- dass sie auch verdeutlicht, welche Errungenschaften in der politischen Auseinandersetzung um die Perspektiven Europas (bzw. der einzelnen Länder) zu verteidigen sind.

Worum wir euch konkret bitten möchten, ist eine Liste mit Daten zu erstellen, die Wegmarken des sozialen, demokratischen und emanzipativen Fortschritts auflisten. Es geht uns dabei um Errungenschaften und Auseinandersetzungen und Bewegungen, die in veränderter Praxis münden (z. B. das Betriebsrätegesetz als Ergebnis der Novemberrevolution 1918 in Deutschland). Dabei sollen sowohl demokratische Fortschritte (Wahlrecht oder Arbeitnehmervertretung in den Betrieben ...), soziale Errungenschaften (8-Stunden-Tag ...) oder auch wirtschaftliche Entwicklungen (Etablierung von Genossenschaften, Gemeinwirtschaft, sozial orientierte kommunale Wirtschaftstätigkeit ...) erhoben werden. Vor allem Daten und Jahrstage

die mit großen Ereignissen verbunden sind, sich in Gesetzen oder Verträgen niedergeschlagen haben, wären von Interesse (wenn möglich einige Sätzen, die den Hintergrund des jeweiligen Datums beschreiben).

Wir sind uns im Klaren darüber, dass das hier präsentierte Vorhaben eigentlich ein größeres Forschungsprojekt erfordert. Mit unserer hier bescheiden angelegten Untersuchung wollen wir lediglich eine Vorstudie durchführen. Wir werden nicht in der Lage sein, für alle europäischen Länder Daten zu erheben. Ebenfalls werden die erhobenen Daten nicht ein komplettes Bild für das jeweilige Land abbilden. Auch wird es nicht möglich sein, die Hintergründe und begleitenden sozialen und politischen Auseinandersetzungen zu erfassen. Die hier vorgenommene Beschreibung ist auch nicht so genau, dass die möglichen Themen sehr klar sind; es werden daher von denen, die sich an der Erhebung beteiligen, unterschiedliche Themen und Gegenstände zusammengetragen werden. Es geht uns also in diesem ersten Schritt nicht darum, ein möglichst komplettes Bild zu erstellen.

Unser Vorhaben ist es aber, bis Ende März eine erste Zusammenstellung vorzulegen, die dann von Interessierten auf ihre Brauchbarkeit hin diskutiert werden kann. Sollte sich herausstellen, dass eine Chronik der Wegmarken emanzipativen Fortschritts in Europa als lohnenswert und nützlich betrachtet wird, wollen wir prüfen, ob ein umfangreicheres Forschungsprojekt durchführbar ist.

Mit kollegialen Grüßen,
Rolf Gehring / Stephen Schindler
Brüssel

gesetzte am 25. Januar 1890 im Reichstag abgelehnt

1918 Die Novemberrevolution in Deutschland mündet auch im Frauenwahlrecht

1919 Räte-Bayern gibt sich ein Wahlgesetz, das allgemeines gleiches Wahlrecht unabhängig von Vermögen und Geschlecht vorsieht.

1945 Bedingungslose Kapitulation des NS-Regimes wird unterzeichnet

1945 Die Uno wird gegründet – Staaten müssen Menschenrechte anerkennen

1949 Die Bundesrepublik enthält ein Grundgesetz, das über die Definition von Grundrechten mit der Deklaration der Menschenrechte verflochten ist

1949 tritt ebenfalls das Tarifvertragsgesetz in Kraft, dass die Koalitions-

freiheit und gewerkschaftliche Aktion sichert

1952 Das Betriebsverfassungsgesetz tritt in Kraft

1956 begann eine Kampagne zur Einführung der 5-Tage-Woche bzw. 40-Stunden-Woche unter dem Motto „Samstags gehört Vati mir“. Das arbeitsfreie Wochenendgesetz sich ab 1965 in Westdeutschland durch

1956 wird in Schleswig-Holstein 114 Tage lang unter anderem für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gestreikt, der in tarifvertraglichen Vereinbarungen zur Lohnfortzahlung mündet. Wenige Monate später verabschiedete der Bundestag das „Gesetz zur Verbesserung der wirtschaftlichen Sicherung

der Arbeiter im Krankheitsfalle“.

1958 Die römischen Verträge treten in Kraft.

1968 Ein Volksentscheid bahnt in Bayern den Weg von der konfessionsgebundenen Schule hin zur konfessionsübergreifenden Schule.

1996 Volksentscheid für mehr Demokratie in Bayern ermöglicht auch Partizipation in den Gemeinden.

2001 tritt in der Bundesrepublik Deutschland das sogenannte „Lebenspartnerschaftsgesetz“ in Kraft, dass in einer Reihe von Bereichen schwulen Paaren eine Gleichstellung mit gemischtgeschlechtlichen Ehen ermöglicht. Das Recht auf Eheschließung ist noch nicht durchgesetzt.

Wir wollen Notizen zu solchen Wegmarken oder Kalenderblättern auf der Internetseite www.linkekritik.de/Wegemarken zugänglich machen und freuen uns über Einsendungen an: Wegemarken@linkekritik.de

Inhalt

Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016 – Wahlbericht und erste Analyse	2
Parteiensysteme und Landtagswahlen im Frühjahr 2016	5
Was Handfestes gegen neuen Nationalismus	7
Auslandsnachrichten	9
EU: Im Verkehr faire Arbeitsbedingungen • Schweiz: Den Sonntag schützen • Polen: Gleichbehandlung für die Beschäftigten • Türkei: Haribo-Belegschaft im Widerstand • Türkei: Arbeitskampf bei Renault spitzt sich zu • Türkei: Gewerkschaften gegen Arbeitsvermittlersystem • Südafrika: NUM unterzeichnet mit Lafarge-Holcim • Neuseeland: Aussperrung durch Gericht aufgehoben • USA: Mondelez rekrutiert Streikbrecher	
Aktionen ... Initiativen	12
Aufruf zum Ostermarsch in Kassel Schluss mit Krieg und Terror! • EU-Türkei-Gipfel: Vorschläge verstossen gegen Flüchtlingsrechte • Weltfrauentag: Besonderer Schutz für Frauen und Mädchen auf der Flucht gefordert • UNICEF zum EU-Gipfel zu Flüchtlingen • Wer schweigt, stimmt zu • „Belieferung für belgische und französische Pann-AKW stoppen • Thüringer Gesetz zur direkten Demokratie auf kommunaler Ebene • Rüstungsexporte legen deutlich zu • Armutsbericht 2016	
„Hamburg – Stadt des Ankommens. Alle sind gefragt! Grundrechte sind nicht verhandelbar“	14
„Wir kämpfen weiter bis zur Rehabilitierung der Betroffenen!“	15
CDU und Grüne teilen sich das Fell des Bären und setzen auf soziale Kürzungen	16
Mannheim: Aktionstag XXXL Paradeplatz	16
Kommunale Politik	17
Soziale Stadtteilentwicklung auf Sparflamme: Hamburg • Frist zum Ausstieg aus den RWE-Aktien nicht verschlafen! Bochum • Jetzt ist es Zeit für neue Schwerpunktsetzungen: Kassel • LINKS wirkt: SteuerprüferInnen sorgen für 665 000 Euro Mehreinnahmen: Bonn • Linke Wiesbaden für Rekommunalisierung • Linke Bremen protestiert gegen Hartz-IV-Sanktionen • Sozialwohnungen: Linke hat GroKo wachgeküsst. Essen • Frauenprojekte für Geflüchtete brauchen Personal und Mittel: Berlin • Antrag: Anmeldung von Asylbewerbern und Flüchtlingen vereinfachen, Arbeitsbelastung im Kreisverwaltungsreferat senken. München • EuGH-Urteil: Wohnsitz kann Flüchtlingen vorgeschrieben werden: Berlin	
Tarifforderungen 2016	18
Schweizer Stimmberechtigte ziehen klare Grenzen für unmenschliche Politik	19
Wirtschaftspresse	19
Mannheim: Grünzug Nordost – Demokratisches Grün	20
Momente verändernder Praxis festhalten	23

Jahrestagung des Vereins für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation am 2. und 3. April 2016 in Mannheim

Samstag, 2. April

13 Uhr	Einlass, Registrierung
13.15 Uhr	Eröffnung, Organisatorische
13.30–14.30 Uhr	Vereinsangelegenheiten: Berichte des Vorstands, Bericht aus der Redaktion Politische Berichte, Wahlen zum Vorstand, Haushaltsbericht 2015 und Haushaltsbeschluss 2016
bis 15 Uhr	Kaffeepause
15–18 Uhr	öffentliche Veranstaltung zum Thema: „... unmündig nennt man uns und Knechte ...“ – Errungenschaften linker und emanzipatorischer Politik in den Gesellschaften Europas

Die Emanzipation der arbeitenden Klassen hat sich in Europa im Rahmen der Nationalstaaten ereignet. So ist der Horizont linker Reformprojekte nationalstaatlich. Bei dem Verflechtungsgrad der Wirtschaft und Gesellschaft in Europa inzwischen erreicht haben, braucht es eine Erweiterung. Wir versuchen diesem Problem näherzukommen, indem wir uns bei Linken aus der europäischen Gewerkschaftsbewegung und dem Europaparlament erkundigen, was in verschiedenen

Staaten Europa als Wegzeichen emanzipatorischer Politik gilt. In den Politischen Berichten werden wir diese Anfrage dokumentieren und einen Internetfragebogen anbieten, in dem auch unsere Leserinnen und Leser Ereignisse, die ihnen relevant erscheinen, eintragen können (siehe vorige Seite)

Wir sind gespannt, welche Übereinstimmungen und Unterschiede sich herauschälen.

Sachbearbeitung: Rolf Gehring, Brüssel

Sonntag, 3. April

9–12 Uhr	(in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung der Linken) öffentliche Veranstaltung zum Thema: Flüchtlingsfrage / internationale Verpflichtungen / die deutsche Türkei-Politik und die kurdische Emanzipationsbewegung.
----------	--

Angesichts des weltweiten Trends zu nationalistischen Politikansätzen fragen wir:

– Findet die Kritik am Flüchtlingsregime der Nationalstaaten Europas

bzw. der EU Halt in internationalen Verträgen und Vereinbarungen?

– Wie weit können sich die Demokratiebewegung in der Türkei und die kurdische Emanzipationsbewegung auf internationale Institutionen stützen?

Organisatorisches

Die Tagung und eventuelle Übernachtungen finden wie im vorigen Jahr in den Räumen der Jugendherberge Mannheim statt. Die Jugendherberge liegt sehr verkehrsgünstig zum Hauptbahnhof (wenige Minuten zu Fuß).

Kommunikationsdaten der Jugendherberge Mannheim
Rheinpromenade 21,
68163 Mannheim
Tel. 0621 822718,
info@jugendherberge-mannheim.de;
www.jugendherberge-mannheim.de.



Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint in vier Wochen am 14. April 2016.

Redaktionsschluss: Freitag, 8. April

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die weiteren Erscheinungstermine 2016:

12. Mai, 23. Juni, 21. Juli, 18. Aug., 15. Sept., 13. Okt., 10. Nov., 8. Dez.